

2010-04-22

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am 24.03.2010

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 19:40 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau
Leitung der Sitzung: Herr Dr. Exner Stadtratsvorsitzender
Herr Hoffmann 1. Stellvertreter
Frau Storz 2. Stellvertreterin
Anwesend: **Soll: 50** **Ist: 44**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Pohl, Hans-Werner
von der Heydt, Jörn

Unentschuldigt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Andrich, Monika
Stabbert-Kühl, Sabine

Fraktion der FDP

Neubert, Jürgen Dr.

Mitglied DVU

Knop, Ingmar

Verwaltung

Raschpichler, Gerd Dr., Beigeordneter für
Gesundheit, Sozia

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Stadtrates Dessau-Roßlau wurde durch den **Stadtratsvorsitzenden Dr. Exner** eröffnet. Er stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums mit zunächst 38 Stadträten und dem Oberbürgermeister fest.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Zur Tagesordnung merkte der **Oberbürgermeister, Herr Koschig**, als Einreicher an, die Beschlussvorlage 035/2010 zum TOP 7.3 - Festlegung der Vertretung des Oberbürgermeisters - zurückzustellen. Nach nochmaliger intensiver Diskussion im Hauptausschuss werde er diese Vorlage erneut einbringen, wenn es gelungen ist, einen geeigneten Wohnsitz für den 1. Stellvertreter zu finden.

Den Antrag, den TOP 7.15, Beschlussvorlage 063/2010, aus formalen Gründen abzusetzen, stellte **Herr Giese-Rehm**, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen. Es wurde eine Vorlage ausgereicht, in der seine Fraktion als Einreicher genannt wird, was bereits in der letzten Stadtratssitzung bemängelt wurde. Nach nunmehr 6 Wochen, in denen bekannt war, dass dies falsch ist, bezeichne er das als mutwillig.

Es erfolgte die **Abstimmung zum Antrag** auf Absetzung der BV 063/2010 von der Tagesordnung. Er wurde bei einem Stimmenverhältnis von 07:23:09 mehrheitlich abgelehnt.

Herr Giese-Rehm gab daraufhin eine persönliche Erklärung ab und führte aus, dass die Art und Weise des Umgangs mit den Fraktionen des Stadtrates nicht zu akzeptieren und äußerst kritikwürdig ist. Wenn dies wiederholt passiert, werde seine Fraktion entsprechende Konsequenzen ziehen.

Die Tagesordnung wurde in der ausgereichten Fassung, jedoch ohne den Punkt 7.3, mehrheitlich (35:01:03) bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 17.02.2010

Die **Niederschrift** zur Sitzung des Stadtrates vom 17.02.2010 wurde mit zwei Enthaltungen **genehmigt**.

4. Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Zu Beginn seiner Ausführungen merkte Herr OB Koschig an, in der letzten Sitzung des Stadtrates habe er in seinem Bericht auf die Haushaltssituation der Stadt hingewiesen, die durch verschiedene Einflüsse eingetreten ist. Das waren vor allem die Änderung des Finanzausgleichgesetzes und der Entnahme von 300 Mio. EUR aus dem System und dem daraus abzuleitenden neuen und zusätzlich zu erstellenden Haushaltskonsolidierungskonzept und der entsprechenden Prüfliste. Der Name dieser Prüfliste „Blut- und Tränenliste“ stamme übrigens von einem Mitglied des Stadtrates und hat eine seltene Popularität gewonnen. Es habe eine Vielzahl von Diskussionen und Anregungen gege-

ben. Als Beispiel nannte Herr Koschig die Podiumsdiskussion am 3. März im Bauhaus und den damals diskutierten Bürgerhaushalt. Hier habe man die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, sich einzubringen. Seitdem treffen zahlreiche Vorschläge aus der Bürgerschaft ein, was erhaltenswert und würdig ist oder auf was man verzichten könnte, weil eine schrumpfende Stadt nicht alle Aufgaben in dem bisherigen Umfang erfüllen kann.

Diese Vorschläge spiegelten eine große und weittragende Einsicht wider, so dass sich die Stadtverwaltung entschlossen hat, diese Diskussion weiter zu befördern. Sie soll zur Unterstützung der Diskussion im Stadtrat auf die Homepage der Stadt Dessau-Roßlau gestellt werden, damit sich alle ein Bild machen können.

Unter dem Motto „das eine tun, ohne das andere zu lassen“ werden im Hause die verschiedensten Möglichkeiten geprüft, was sich als komplizierter darstellt, als ursprünglich gesehen. Zunächst sind die sog. „Hausaufgaben der Verwaltung“ zu machen, deren Ergebnisse in einem Entwurf für ein Konsolidierungskonzept bald vorgelegt werden können. Daneben steht das gemeinsame Eintreten für die Entlastung an einigen Stellen. Ohne die Unterstützung durch Bund und Land werden wir das Gesamtwerk nicht stemmen können. So die Forderung nach der Gleichstellung mit den beiden anderen Oberzentren Halle und Magdeburg. Durch die Veredlung der Einwohner in Städten mit mehr als 150.000 Einwohnern könnte die Stadt Dessau-Roßlau bis zu 6 Mio. EUR mehr erhalten. Dazu gibt es ein Schreiben des Innenministers an ihn, Herrn Koschig, worauf auch schon geantwortet wurde und welches heute zur Kenntnisnahme mit ausgereicht worden ist.

Momentan sei man dabei, mit einem Verfassungsrechtsexperten Argumente zusammenzutragen, Aussichten abzuwägen für eine Klage gegen das Finanzausgleichgesetz. Mit der Novellierung des Finanzausgleichgesetzes besteht dazu derzeit eine günstige Situation.

Um unser Anhaltisches Theater auch weit über unser Jubiläum hinaus erhalten und auch fördern zu können, benötigen wir die Unterstützung aus der gesamten Region. Allein können wir als schrumpfende Stadt dies auf Dauer nicht leisten. Deshalb richtete Herr Koschig seine Bitte um allgemeine Unterstützung, um ein Kulturraumgesetz oder etwas Ähnliches auch im Land Sachsen-Anhalt zu erhalten. In Sachsen funktioniere dieses Kulturraumgesetz hervorragend, dass sich Kulturräume - bei uns unser oberzentraler Einflussbereich - an der Finanzierung von zuvor definierten kulturellen „Leuchttürmen“ beteiligen. Was unsere Weltkulturerbestätten betrifft, werden wir auch hier deutliche und stärkere Unterstützung der Bundesregierung bedürfen. Es gab eine Anhörung im Deutschen Bundestag, wo schon sehr deutlich wurde, dass die deutschen Kulturstätten eine Notförderung von ca. 800 Mio. EUR bedürften. Prekäre Situationen bestehen auch in der Kulturstiftung und in der Stiftung Bauhaus, die dringend zusätzlicher Mittel bedürfen.

Herr Koschig bedankte sich bei den Initiatoren und allen Bürgerinnen und Bürgern, die an der Initiative „Land braucht Stadt“ mitwirken und lud herzlich ein, sich an den verschiedenen Aktionen zu beteiligen. Man brauche einen starken Schulterschluss von Bürgerschaft, Stadtrat und Stadtverwaltung.

Zurückkommend auf die Prüfaufträge, merkte Herr Koschig an, man müsse weitere formulieren, was in der nächsten Dienstberatung erfolgen wird. Alle Zuarbeiten liegen vor. Die Frage nach der Prüfliste kam nunmehr aus allen Fraktionen und er habe deshalb veranlasst, dass sie kopiert und an alle Fraktionen zur Kenntnis ausgereicht wird. Er bitte aber zu berücksichtigen, dass dies die Prüfliste mit Richtwerten ist und kein belastbares Zahlenmaterial darstellt.

Benötigt werden, und dazu bat Herr Koschig um Vorschläge, öffentlichkeitswirksame Aktionen. Die Initiativen „Jetzt wird gedessauert“ und „Land braucht Stadt“ haben gestern zusammen gesessen, um Aktionen zu besprechen. Herr Koschig habe im geschäftsführenden Präsidium des Städte- und Gemeindebundes in dieser Woche einen Vorschlag unterbreitet, wie wir für das Land eine Aktion in der Fläche durchführen könnten. Wir benötigen aber eine zentrale Aktion aller Städte und Gemeinden in Not in Magdeburg und ein Gleiches läuft über den Deutschen Städtetag. Auch hier haben wir deutschlandweit ein großes Problem. Am gestrigen Tag hat das Statistische Bundesamt die neuesten Zahlen aus dem Jahr 2009 zur finanziellen Situation der Kommunen im Land veröffentlicht.

In seinem Bericht fortfahrend, informierte Herr Koschig darüber, dass das Verbrauchermagazin „Der gute Rat“ zum 7. Mal eine Ärzteliste mit über 550 Adressen veröffentlicht hat. Nach einer deutschlandweiten Umfrage, bei welchem Arzt man sich oder seine Angehörigen gern behandeln lassen wollte, könne man mit Stolz darauf verweisen, dass zwei Ärzte aus unserer Stadt, zwei Chefärzte des Städtischen Klinikums, ebenfalls genannt werden. Herr Koschig sehe dies als eine sehr hohe Auszeichnung und gratulierte Prof. Christos C. Zouboulis und dem leitenden Chefarzt, Dr. Joachim Zagrodnick dazu herzlich.

Weitere Informationen im Bericht des OB bezogen sich auf folgende Sachverhalte:

Gebietsänderungsangelegenheiten

Auf den gemeinsamen Brief der Bürgermeisterin der Gemeinde Vockerode, des Bürgermeisters der Stadt Wörlitz und des OB der Stadt Dessau-Roßlau an den Landtag Sachsen-Anhalt wurde in der Antwort der Hinweis auf die Sitzung des Landtages im Juni 2010 gegeben. Zu den noch stattfindenden Anhörungen ist die Stadt Dessau-Roßlau allerdings nicht eingeladen.

Kultur

Das 18. Kurt-Weill-Fest fand vom 26. Februar bis 7. März 2010 statt und bot mit einer fast 90-prozentigen Auslastung ein breites Spektrum an kulturellen und künstlerischen Höhepunkten. Sie reichten von musikalischen Uraufführungen bis hin zu einer sensationellen Inszenierung des Weill-Broadway-Musicals „One Touch of Venus“ im Anhaltischen Theater. Für das gelungene Fest sprach Herr Koschig seinen Dank an den Präsidenten der Weill-Gesellschaft, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und dem neuen Intendanten aus.

Am 17./18.04.2010 wird in Rochester, New York das Finale des Lotte-Lenya-Wettbewerbs sein, dessen Siegerin wir zum nächsten Kurt-Weill-Fest einladen wollen, um damit die Verbundenheit zwischen der Weill-Foundation New York und unserem Weill-Fest in Dessau-Roßlau noch zu vertiefen.

Sport

Am Samstag, den 20. Februar 2010, fand traditionell und nun zum neunten Mal das **internationale Springermeeting** in der Anhalt Arena mit den Disziplinen Stabhochsprung Männer und Hochsprung Frauen statt. Diese Veranstaltung gehört in Deutschland zu den besten Spezialmeetings in der Leichtathletik und genießt hohes Ansehen.

Die Sieger in beiden Wettbewerben waren in diesem Jahr bei den Männern der Ex-Weltmeister Guseppe Gibilisco aus Italien mit einer Höhe von 5,70 m und bei den Frauen gab es von Ariane Friedrich, die mittlerweile zu den weltbesten Hochspringerinnen gehört, mit 2,01 m eine Weltklasseleistung und auch einen neuen Meetingrekord.

Schulen

Am **11. März 2010** erfolgte die offizielle Berufung der Pilotschulen zum Modellversuch des Kultusministeriums „Kompetenzorientiertes Arbeiten mit Lernplattformen in Sachsen-Anhalt“ (KALSA) durch den Staatssekretär des Kultusministeriums Herrn Willems am Gymnasium „Philanthropinum“. Für unsere Stadt nahm neben dem „Philanthropinum“ auch die Sekundarschule „Friedensschule“ teil.

Herr Wolfram vertrat hier die Stadt Dessau-Roßlau.

Die Ganztagschule „Zoberberg“ belegte beim Regionalfinale des 13. Erdgaspokals der Schülerküche am **25. Februar 2010** den 1. Platz.

Informationen:

- Durch die Teilnahme an der 20. Landesbauausstellung Sachsen-Anhalt 2010 in der Zeit vom 05.03. bis 07.03 2010 auf dem Messegelände in Magdeburg konnte sich unsere Stadt landesweit und öffentlichkeitswirksam repräsentieren. Das war für die Stadt Dessau-Roßlau von herausragender Bedeutung, weil sie die ihr gebotene Chance nutzte, vor dem Hintergrund der unmittelbar bevorstehenden Internationalen Bauausstellung „Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010“ überregional sowohl Bürgern und Gästen unseres Bundeslandes als auch interessierten Fachleuten die im laufenden Prozess des Stadtumbaus erreichten Ergebnisse und die Umsetzung sowie in der Planung befindliche Ziele zu zeigen und zu erläutern.

Der Stand der Stadt Dessau-Roßlau fand regen Zuspruch.

- Am 04.03.2010 beschloss der Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus im Ergebnis eines Auswahlverfahrens, die Durchführung des Adventmarktes in Dessau-Roßlau für die Jahre 2010 bis 2012 an die Grill und Imbiss Merkel GmbH zu vergeben.
- Am 13.03.2010 fand im Zusammenhang mit einem Aufmarsch einer politisch rechtsgerichteten Gruppierung anlässlich des 65. Jahrestages der Bombardierung von Dessau eine Vielzahl von versammlungsrechtlichen Gegenaktivitäten unter Mitwirkung einer großen Anzahl unserer Bürgerinnen und Bürgern statt. Der herzliche Dank des Oberbürgermeisters gilt allen, die mit ihrem friedlichen Protest gegen Rechts unter dem Motto „Bunt statt braun“ gezeigt haben, dass Dessau-Roßlau eine weltoffene, der Demokratie verbundene Stadt ist. Unterstützt wurde der Protest gegen Rechts durch die Teilnahme des Innenministers des Landes Sachsen-Anhalt, Holger Hövelmann.

Besonderen Dank sprach Herr Koschig dem im September 2009 gegründeten Netzwerk „Gelebte Demokratie in Dessau-Roßlau“ aus, für das dies ebenfalls eine Feuertaufe war.

- Im Beisein des Wirtschaftsministers Dr. Haseloff fand am 20. Februar 2010 die Eröffnung der 10. Handwerksmesse in der Elbe-Rosel-Halle statt.
- Das Zertifikat "Schule ohne Rassismus" wurde am 24. Februar 2010 der Förderschule in Roßlau in Anwesenheit von Herrn Wolfram übergeben.
- Das 90-jährige Verbandsjubiläum des Stadtverbandes der Gartenfreunde Dessau wurde im Klubhaus Großkühnau am 27. Februar 2010 begangen, wo Herr Koschig in seinem Grußwort seine Anerkennung für die Leistungen der Kleingartenfreunde aussprach.
- Am Gedenkgottesdienst anlässlich der Zerstörung unserer Stadt am 7. März nahmen in der Pauluskirche wieder viele Bürgerinnen und Bürger teil.
- Ebenfalls in Anwesenheit des Wirtschaftsministers Dr. Haseloff fand am 13. März die Ausstellungseröffnung „Kreuzfahrer zwischen Harz und Elbe“ im Museum für Naturkunde und Vorgeschichte statt.
- Nach einer Generaluntersuchung, vor allem aber durch die Inkraftsetzung von Umweltzonen in einigen deutschen Großstädten Ende des vorigen Jahres, hat sich Herr Oberbürgermeister Koschig entschlossen, auf Leasingbasis einen neuen Dienstwagen zu beschaffen. Äußerst günstige Konditionen, sparsamer Verbrauch und deutliche bessere Umweltwerte sprachen im Weiteren für diese Entscheidung. Das Fahrzeug wird am heutigen Abend in der Stadt eintreffen.
- Ergänzend zu den schriftlich ausgereichten Hochwasserinformationen teilte Herr Koschig zum Planfeststellungsverfahren Deich Möster Höhen mit, dass die Planunterlagen im Zeitraum vom 06.04. bis 05.05.2010 bei der Unteren Wasserbehörde im Technischen Rathaus Roßlau ausgelegt werden. Eine entsprechende Veröffentlichung erfolgt im Amtsblatt April 2010.
- In einem Vororttermin mit dem Landesamt für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft (LHW), dem Ingenieurbüro Macke, der Firma Steinhardt Wassertechnik und den Eigentümern der Jonitzer Mühle wurden Detaillösungen bezüglich der technischen Möglichkeiten zum hochwassersicheren Schutz der vorhandenen Türen und Fenster besprochen.

In dessen Ergebnis erarbeitet die Firma Wassertechnik Steinhardt bis Ende des Monats März 2010

- a) konkrete technische Lösungsvorschläge,
- b) einen Probefensterversuch auf dem Prüfstand der Firma,
- c) die Objektstatik für die Tragwerksplaner,
- d) eine Grobkostenschätzung für die Bauteile wie Dämmbalken, Rollschotts und hochwassersichere Fensterplatten.

Die Woche nach Ostern steht ganz im Zeichen der bereits erwähnten Internationalen Bauausstellung „Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010“, führte Herr OB Koschig weiter aus.

- Die zentrale Eröffnung mit dem Festakt findet am Donnerstag, 8. April in der Johankirche Magdeburg statt. Dazu sind auch zahlreiche Persönlichkeiten aus unserer Stadt eingeladen.
- Die Mitglieder des Stadtrates sind eingeladen, an der Vernissage der Landesausstellung im Bauhaus Dessau am Freitag, 9. April, 19.00 Uhr, teilzunehmen.
- Ebenfalls zu 19.00 Uhr wird dann am Samstag, 10. April, in den Hauptbahnhof Dessau eingeladen zur Ausstellungseröffnung der Stadtpräsentation „Stadtumbau“ mit unserem eigenen IBA-Thema „Urbane Kerne Landschaftliche Zonen“.

Auf Einladung des Ministers Dr. Daehre wird Herr OB Koschig an der Landespräsentation am 22. April während der Deutschen Woche in Sankt Petersburg teilnehmen und unseren IBA-Beitrag dort vorstellen.

Abschließend wünschte Herr Koschig allen frohe und gesegnete Ostertage und heute eine erfolgreiche Sitzung.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Koschig informierte über die einstimmige Beschlussfassung des Stadtrates am 17.02.2010 in einer Grundstücksangelegenheit, die Zustimmung zur Belastung eines kommunalen Grundstückes vor Eigentumsumschreibung betreffend.

5. Einwohnerfragestunde

Vor dem Eintritt in die Einwohnerfragestunde begrüßte der Stadtratsvorsitzende, Herr Dr. Exner, die Schüler des Philanthropinums als Gäste der Sitzung.

Als erster Einwohner erhielt **Herr Erhard Bartsch, Karlstr. 1**, das Wort. Er stellte zwei Anfragen, seine erste bezog sich auf die Ostrandstraße. Diese erläuternd, führte er aus, von dem derzeit stattfindenden Durchgangsverkehr, der die Lebensqualität im Wohngebiet merklich negativ beeinflusst, als Bewohner der Karlstraße betroffen zu sein. Bisher habe er sich mit dem Wissen getröstet, dass die Stadt das Tangentenkonzept irgendwann mit dem Bau der Ostrandstraße umsetzt. In den letzten Wochen und Monaten musste er zur Kenntnis nehmen, dass gerade von den Grünen eine regelrechte Kampagne gegen die Ostrandstraße initiiert wurde, die Formen angenommen hat, zu denen er als betroffener Bürger nur noch den Kopf schütteln kann. Es werden Halbwahrheiten aneinander gereiht, was letzten Endes in Äußerungen gipfelt, die Glauben machen, dass das Geld für die Ostrandstraße für etwas anderes verwendet werden könnte, obwohl jeder weiß, dass Fördermittel nur zweckgebunden verwendet werden dürfen. Herr Bartsch fragte, wie weit das Planfeststellungsverfahren zur Ostrandstraße ist und ob in diesem Jahr im Haushalt der Stadt finanzielle Mittel dafür eingestellt wurden.

Seine zweite Frage betraf den Dessauer Hauptbahnhof, dessen Sanierung er begrüße, so wie ebenfalls, dass die Deutsche Bahn ihr Streckennetz ertüchtigt, damit auch schnell fahrende Züge Dessau anfahren können. Er sehe es auch als eine Aufgabe der

Politik, dass Fördermittel für den Ausbau und die attraktive Gestaltung des öffentlichen Nahverkehrsnetzes verwandt werden, um Menschen zu überzeugen, ihr Auto stehen zu lassen und mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren. Wer aber denkt, Menschen dazu zu zwingen, indem notwendige Straßen erst gar nicht gebaut oder zurück gebaut werden, werde sehen, dass das nicht funktioniert. Die notwendige Infrastruktur sei die eine Seite, die andere Seite sind attraktive Verkehre. Am Beispiel führte Herr Bartsch die Verbindung von Dessau nach Berlin oder umgekehrt an, wozu man nur den Regionalzug nutzen könne, der in jedem Flämingdorf hält und letzten Endes rund zwei Stunden zwischen den Hauptbahnhöfen unterwegs ist. Das führe dazu, dass Touristen, die den Wörlitzer Park besuchen wollen, nicht den Zug nutzen, sondern ihr Auto. Seine Frage lautete, welche Aktivitäten gibt es, um auch attraktive Verkehre nach Dessau zu bestellen. Man könne attraktive Regionalexpresszüge bestellen über die Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (NASA). Solche sind z. B. zwischen Magdeburg und Berlin im Einsatz.

Herr OB Koschig merkte an, zur Frage die Ostrandstraße betreffend werde der Tiefbauamtsleiter, Herr Pfefferkorn, Antwort geben. Weiterhin erwiderte er auf die Frage zu den Bahnverkehren, es gibt Gespräche mit der NASA. Allerdings müsse zunächst für den Einsatz der Züge die Strecke noch ausgebaut werden. Es gibt allerdings eine Aktion, es tagte vor kurzem der Behördenstammtisch, in dem gemeinsam mit dem Präsidenten des Umweltbundesamtes und allen Behördenleitern unserer Stadt besprochen wurde, was getan werden kann, nachdem wir auf einen ersten Brief an den Bahnchef eine zwar ausweichende, aber pflichtgemäß ablehnende Antwort bekommen haben. Es wurde beraten, wie der Deutschen Bahn AG Angebote für zusätzliches Potential an Bahnkunden unterbreitet werden können, um hier einen IC-Anschluss, also einen deutlich verbesserten Anschluss an die Bundeshauptstadt zu bekommen. Dies werde flankiert von einer Initiative des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt, wo momentan die anderen kommunalen Spitzenverbände in der BRD eingeworben werden, da das Thema in einer Vielzahl von Mittel- und auch Oberzentren ist. Es soll eine gemeinsame Aktion für einen Lückenschluss zwischen ICE- und Regionalnetz erfolgen. Dazu gibt es Streckenvorschläge für ganz Mitteldeutschland vom Städte- und Gemeindebund. Was unsere bereits genannte Initiative betrifft, wird im nächsten Monat in einem etwas kleineren Kreise eine Besprechung stattfinden, um den nächsten Behördenstammtisch vorzubereiten für eine gemeinsame Aktion in Berlin.

Zur Thematik Ostrandstraße führte **Herr Pfefferkorn** aus, auf der Grundlage der klaren Beschlusslage werden die Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren zurzeit erarbeitet. Für die Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens ist der September Zielstellung. Weiterhin ist es das Ziel, das Verfahren Mitte des Jahres 2011 abzuschließen, um dann in die Ausführungsplanung gehen zu können. Die notwendigen Mittel für die Erarbeitung und Durchführung des Planfeststellungsverfahrens für das Jahr 2010 sind in den Haushalt eingestellt. Natürlich abhängig davon, dass der Haushalt bestätigt wird, werden die Mittel dann zur Verfügung stehen.

Der **Ortsbürgermeister von Kleutsch, Herr Roland Gebhardt**, sprach die Problematik der angeblichen Schließung des Kindergartens in Kleutsch an. Im Jugendhilfeausschuss wurde dieses bestritten. Wie wichtig dieser Kindergarten für den Ort ist, spiegelt sich darin wider, wie viele Eltern heute anwesend sind (es seien Eltern von über 50 % der Kinder des Kindergartens). Die Belegung des Kindergartens stoße fast an ihre Grenzen, er habe 23 Plätze, wovon jetzt 20 belegt seien. In Sollnitz gibt es keinen Kin-

dergarten, der Walderseer und der Mildenseer Kindergarten sind voll, weshalb Herr Gebhardt ernsthaft nach dem Sinn frage, warum der Kleutscher Kindergarten geschlossen werden soll. Dem Jugendamt wurde außerdem der Vorschlag gemacht, den Kindergarten auf Kosten der Eltern zu renovieren! Herr Gebhardt kündigte weiter eine Wortmeldung von Frau Kaczorowski, Vertreterin des Elternkuratoriums Kleutsch, an.

Zunächst führte **Herr OB Koschig** aus, es sei richtig, dass es in der Verwaltung diese Arbeitsrichtung gibt, es ist Bestandteil des Gutachtens von Rödel und Partner. Einen Ratsbeschluss dazu gibt es aber nicht, es ist lediglich in der Vorbereitung durch die Verwaltung.

Frau Antje Kaczorowski, Vertreterin des Elternkuratoriums Kleutsch, erklärte, dass sie die Liste, wonach ihr Kindergarten geschlossen werden soll, doch nachdenklich gemacht hat. Den sehr engagierten Eltern des Kindergartens wurde nichts gesagt, der Ortschaftsrat und der Ortsbürgermeister wurden nicht informiert. Die Eltern wollen den Kindergarten selbst renovieren, es wurde ihnen zugesagt und es wurde fristgemäß angemeldet. Nun heißt es, dass der Renovierung nicht stattgegeben und sie auf unbefristete Zeit verschoben wird. Weiterhin wies sie darauf hin, dass es im Fall der Schließung des Kindergartens kein gesellschaftliches Leben in Kleutsch mehr gibt. All dies macht die Eltern nachdenklich, weshalb sie auch heute anwesend sind. Frau Kaczorowski merkte ebenfalls an, selbst vier Kinder zu haben, von denen zwei im Kindergarten sind. Sie fahre täglich 18 km mit dem Fahrrad nach Kühnau, weshalb sie frage, ob sie diese mit dem Fahrrad mitnehmen soll. All diese Fragen, wo die Kinder hin sollen, stellen sich die Eltern. Für Pendler, die berufstätig sind und Kinder in Einrichtungen bringen müssen, die vielleicht monatlich 720 km fahren müssen, sei es nicht zu bewältigen. Auf einer Prüfliste zu stehen, sei nicht schön, dahinter stünden Schicksale. Angeblich gebe es schon Kindergärten, in die unsere Kinder aufgeteilt werden sollen, aber niemand spreche mit den Eltern.

Das Jugendamt wurde von ihnen eingeladen und man hoffe, dass Vertreter des Amtes zur nächsten Ortschaftsratssitzung kommen und Stellung nehmen.

Selbstverständlich haben die Eltern das Recht, dass man mit dem Kuratorium darüber spricht, betonte **Oberbürgermeister Koschig**. Er habe aber gesagt, gegenwärtig arbeite die Verwaltung an der Prüfung, da etwas vorbereitet werden und man sich selbst ein Bild machen muss. Ohne die Beteiligung der Betroffenen und dann des politischen Raumes können keine Entscheidungen getroffen werden. Hier melde man sich in einem sehr frühen Stadium zu Wort, was ihr gutes Recht sei, aber man müsse der Verwaltung Gelegenheit geben, bestimmte Dinge ordentlich vorzubereiten, dass man in den Diskurs treten kann. Falsch ist, dass es Entscheidungen gibt, dass Kinder in einen anderen Kindergarten versetzt werden sollen.

Frau Sandra Schulz, Vorsitzende des Elternkuratoriums des Kleutscher Kindergartens, fragte nach, wenn noch nichts entschieden ist, warum die Kinder bereits vorher von Kleutsch weggenommen werden. Es gibt etwa 5 Eltern, die ihre Kinder nach Kleutsch haben wollten und vom Jugendamt abgelehnt wurden. Anfang Januar habe ein Elternpaar noch die schriftliche Zusage vom Jugendamt erhalten, dass sein Kind Anfang März in den Kleutscher Kindergarten kann. Durch Zufall, nachdem sie aufgrund von Gerüchten nachgefragt haben, wurde ihnen im Jugendamt gesagt, es sei ein Notfall eingetre-

ten, weshalb das Kind dort nicht hin könne. Es werden also bereits vor einer Entscheidung Kinder weggesprochen.

Als nächster Einwohner erhielt **Herr Peter Kreßner**, Kavaliertstraße 51, das Wort und stellte folgende Fragen:

- Zum Abriss des Junkalorwerkes: Wann wurde der Auftrag über 0,5 Mio. EUR ausgelöst?
- Zum Leitbild: Herr Kreßner war am vergangenen Donnerstag zur Ausschusssitzung, welche bei der DVV stattfand. Hier habe er eine Anfrage stellen dürfen - unter dem Tagesordnungspunkt Öffentliche Anfragen. Nachdem er seine Anfrage gestellt hatte, haben drei Stadträte Einspruch erhoben, was für ihn das Bild eines falschen Demokratieverständnisses sei.
Seine Anfrage lautet,
 - welche Kosten für das Leitbild angefallen sind, immerhin habe man über 9 Monate damit eine Firma beschäftigt und es soll noch weiter diskutiert werden.
 - Wie viel Kosten fallen dafür noch an, welche Kosten wurden dafür eingeplant?
 - Hinzu komme, dass wir noch lange keinen Maßnahmeplan haben, wenn wir ein Leitbild haben. Was wurde für diese Maßnahmepläne eingeplant und wann sollen sie fertig sein?

Aufgrund der Komplexität der Anfragen sagte **Herr Beigeordneter Hantusch** deren schriftliche Beantwortung zu.

Zu dem Vorwurf, dass Herrn Kreßner in der Ausschusssitzung das Wort entzogen wurde, stellte **Herr Tonndorf, Fraktion NEUES FORUM**, klar, dass in einer Ausschusssitzung ein Bürger nicht das Recht der Fragestellung habe. Es war nicht böser Wille der Stadträte, sondern lediglich Einhaltung der Geschäftsordnung.

Nochmals zur Thematik Kleutscher Kindergarten meldete sich **Herr Maik Giling (?)** zu Wort. Er fragte nach, wann und von wem den Eltern mitgeteilt wird, ob der Kindergarten bestehen bleibt.

Herr Wolfram, Leiter des Schulverwaltungsamtes, welcher in Vertretung des Beigeordneten für Gesundheit, Soziales und Kultur an der Sitzung teilnahm, nahm zu dem Sachverhalt wie folgt Stellung. Wie der Oberbürgermeister bereits sagte, werde an vielen Einzelproblemen, so wie auch an diesem gearbeitet, es gibt aber noch keine Beschlusslagen in irgendeiner Form. Er versicherte, dass es nicht der Fall ist und auch nicht Politik dieses Stadtrates sei, dass auf die „kalte Tour“, das heißt durch Weglenken von Kindern und sonstige Dinge, Einrichtung geschlossen werden. In der kommenden Woche werden Vertreter des Jugendamtes, aus dem Bereich Kindertagesstätten und die Amtsleitung, nach Kleutsch kommen und mit den Eltern im Kuratorium, aber auch mit denen, die in der Leitung dieses Kindergartens tätig sind, über diese Probleme sprechen. Es könne nicht sein, dass diese von Dritten oder Vierten informiert werden, dass der Kindergarten geschlossen würde, das sei nicht der Stil, den die Stadt Dessau-Roßlau mit ihren Einrichtungen praktiziert.

Frau Andrea Kappus (?) gab mit ihrer Frage zu bedenken, was man denn im Jahr an Kosten spare, wenn der Kindergarten geschlossen wird. Die Erzieherinnen würden ja dann woanders eingesetzt. Dieser Kostenfaktor bleibe und würde nur Strom, Heizung und Wasser betreffen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, so dass der Stadtratsvorsitzende die Einwohnerfragestunde schloss.

6. Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Seniorenreport

Vorlage: DR/IV/110/2009/V

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, kritisierte den Titel des Dokumentes, da es s. E. ein Entwurf zur Einleitung zu einem Seniorenreport sei. Es Seniorenreport zu nennen, sei hochgestapelt. Was man in dem Seniorenreport wissen müsse, stehe immer als Auftrag oder Frage formuliert. Dass es ziemlich lange gedauert hat, bis dieser Report in den Stadtrat gekommen ist, liege sicher daran, dass im Januar keine Sitzung des Gesundheits- und Sozialausschusses stattgefunden hat. Entscheidend sei, dass Ende März eine Reihe weiterer Zahlen und Berichte vorgelegt werden sollte, was ein Teil des Reports geworden wäre. Deshalb sollte der Report möglichst bald wieder vorgelegt werden. Nicht zu Unrecht heißt es in der Einleitung: „Mit einer zukunftsorientierten Seniorenpolitik an der demografischen Entwicklung und den sich daraus ergebenden Veränderungsprozessen orientiert, wird dies als kommunale Querschnittsaufgabe wahrgenommen.“

In diesem Zusammenhang ist dieses Papier zu sehen, entgegnete **Herr Wolfram**. Durch die aktive Beteiligung der Fraktionen wurde im Dezernat mit dem Sozialamt die Sozialplanung auf den Weg gebracht. Ein Teil dieser Sozialplanung sind Termine, wie z. B. 31.03.2010 die Analyse zur Bevölkerungsentwicklung nach Schwerpunkten, Alter usw. In diesem Zusammenhang wird es in den nächsten Ausschusssitzungen Vorlagen geben, die im Sozialamt gemeinsam mit den Zuständigen für die Seniorenarbeit in der Stadt Dessau-Roßlau erarbeitet werden. Herr Wolfram wird die kritischen Fragen mit Herrn Dr. Raschpichler auswerten.

Der Seniorenreport wurde zur Kenntnis genommen.

6.2 Information zur Untersuchung von Konsolidierungspotenzialen beim Flugplatz Dessau

Vorlage: DR/IV/017/2010/I-OB

Herr Professor Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, dankte der Stadtverwaltung für das sehr umfangreiche Dokument und die detaillierten Analysen und Recherchen. Besonders interessant seien die zahlenmäßigen Aussagen, dass von den Starts und Landungen etwa 40 % am Wochenende stattfinden und die Subventionssumme oder der Zuschuss aus dem internen Stadtwerkeverbund von derzeit 190 T€ nach dem Konzept auf 170 T€ jährlich reduziert werden kann.

Wenn man sich die Präsentationen zur Bedeutung und Attraktivität des Verkehrslandeplatzes ansieht, müsse man sich die Zahlen in Erinnerung holen. In der schriftlichen Unternehmensbefragung sei ein zentrales Argument, dass der Flugplatz für die wirtschaftliche Entwicklung wichtig ist. Von etwa 400 angeschriebenen Unternehmen haben etwa 33 Unternehmen geantwortet. Man könne sagen, o. k. diese 33 Unternehmen ha-

ben ein vitales Interesse, aber anders herum heißt es, dass die restliche Anzahl keine Meinung dazu hat.

Es gab die Frage an die Unternehmen, ob sie einen der 5 Verkehrslandeplätze in Sachsen-Anhalt nutzen. Diesbezüglich gab es 10 %, die mit Ja antworten, was 13 der Angefragten sind.

Dann gibt es eine weitere Tabelle. Das ist die Frage Nr. 7, hat der Flugplatz Dessau für sie gegenwärtig irgendeine Bedeutung. Da sagen 1/3 der Unternehmen: Er hat keine Bedeutung, 1/3 macht keine Angabe, 13 % sagen, er hat eine historische Bedeutung und 17 sagen, es ist ein wirtschaftlicher Standortfaktor, wobei die Frage ist, ist damit der Verkehrslandeplatz gemeint oder das Gewerbegebiet.

Um die Diskussion im Sinne der Haushaltskonsolidierung zu machen, wisse man, wie viele Nutzer es gibt in der Region, diese 9 sind namentlich aufgeführt. Es sollte möglich sein, aus diesen 9 Nutzern einen potentiellen Betreiber für einen Sonderlandeplatz zu finden. Der Betreiber entlastet damit die Dessauer Stadtwerke von dem internen Zuschussbedarf. Prof. Schmidt hätte es lieber, wenn die 170.000 € in die Sportförderung gehen oder als Unterstützung für den 2. Handballigaverein Dessau-Roßlau. Das seien ganz andere Dimensionen. Wenn man über Zahlen rede, müsse man auch sagen, dass z. B. wenn man über 160 T€ gezielte Subventionen pro Jahr sehe, dass das etwa die Größenordnung sei, die die Stadt jedes Jahr an Zuschuss an das Bauhaus zahlt. Also alle Sportvereine der Stadt werden von der Stadt mit 250 T€ pro Jahr unterstützt, um einfach ein Verhältnis zu bekommen. Auch die Stadtschwimmhalle habe einen Subventionsbedarf von 180 T€, die Heimatpflege werde mit 190 T€ unterstützt. Im Sinne der Haushaltskonsolidierung, wenn wir über die Zukunftsfähigkeit der Stadt nachdenken, sollte man schon den Haushaltskonsolidierungsauftrag geben, es gibt eine andere Trägerschaft als Sonderlandeplatz. Das gebe uns finanzielle Spielräume mit diesen Geldern, die ja die DVV erwirtschaftet, in andere Sachen zu gehen.

Herr Kleinschmidt, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, legte dar, man sollte die Diskussion zum Flugplatz endlich beenden. Es sei richtig, dass der Flugplatz im Konzern der DVV ist, dass er genau wie der Verkehrsbetrieb durch die DVV getragen wird und die Stadt nur einen sekundären Nutzen hat. Wenn man diesen Flugplatz schließen wollte, auch wenn man ihn zurückschraubt auf einen Sonderlandeplatz, werden niemals diese 180 T€ als Gewinn entstehen, sondern die vorhandenen Anlagen usw., die zum Betrieb notwendig sind, würden schon eine Größenordnung von 130 – 140 T€ betragen. Man habe in den 14 Jahren, in denen der Flugplatz zur DVV gehört, immer versucht, ihn wirtschaftlich zu bekommen, ohne viel Verkehr auf den Flugplatz zu bringen, denn genau die Leute, die den Flugplatz wirtschaftlich machen wollen, lehnen jeglichen Flugverkehr des Lärmes wegen ab. Man habe dort alles versucht, haben einen Hangar gebaut, welcher voll zu Lasten von Eiskraft gegangen ist. Man habe eine Tankstelle, die wird in Kommission betrieben, man habe einen kleinen Flieger gekauft, der durch die Charterung Nutzen einbringt. Man habe dort für wenig Geld die ehemalige Blutspendezentrale hingesetzt und versucht, eine Gaststätte betriebsfähig zu machen, was am Ende leider alles gescheitert ist. Der Verbund DVV könne schon diese Summe tragen, ohne dass sie frei wird, wenn der Flugplatz zurückgestuft wird. Herr Kleinschmidt erinnerte aber daran, dass man 8 Jahre gebraucht habe, um den Verkehrslandeplatz als solches zu etablieren. Es war ein riesiger Aufwand, gegen alle Widerstände diesen Flugplatz, der auf historischem Grund entstanden ist, zu wahren und zu pflegen. Er verstehe die

Protagonisten nicht, die ohne zu zögern Millionen in den Sand setzen wollen, um bestimmte Dinge des historischen Erbes zu sichern, gerade den Flugplatz, der nun wirklich an historischer Stelle ist und dessen Landebahn an historischer Stelle angeordnet ist, nun zurückschrauben und möglichst zumachen wollen. Der Flugplatz gehört zu Dessau und man sollte ihn unterstützen und nicht immer wieder in Frage stellen.

Nachdem die ökonomische Betrachtung des Kommentars von Herrn Dr. Schmidt beantwortet wurde, merkte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, an, Engagierte um den Flugplatz herum sind bemüht, ihn zukunftsfähig zu machen. Für uns ist das ein Thema. Man diskutiere über Zukunftskonzepte in der Stadt, sei sich nicht im Klaren, wo die Reise hingehen soll und mache das dicht, was uns ausmacht. Persönlich verstehe er nicht, dass man hier versucht, Interessenslagen gegeneinander auszuspielen. Das sei eine Taktik, die er als bedenklich empfinde.

Frau Grabner, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, bezog sich auf das Technikmuseum Hugo Junkers, in das man eigentlich gar keine finanziellen Mittel der Stadt stecke. Sie sehe hier kein Problem, eine Privatisierung durchzuführen, da der Flugplatz für Dessau dann immer noch da wäre.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Maloszyk, FDP-Fraktion, ging auf den in der Bürgerfragestunde erhobenen Vorwurf bezüglich der gemeinsamen Sitzung im DVV Saal ein, in der sich der Bürger mit einer Frage zu Wort gemeldet hatte. Es war ein Versehen der Versammlungsleitung, ihm das Rederecht zu erteilen. Wir haben eine gültige Satzung, welche von der Kommunalaufsicht bestätigt wurde und für das Land Sachsen-Anhalt gelte, wonach das Rederecht in den Ausschüssen grundsätzlich nur auf Anfrage und Abstimmung erteilt werden kann. Deshalb habe er sich zur Tagesordnung gemeldet und darauf hingewiesen. Kein Stadtrat sei gewillt, DDR-Traditionen hinterherzuhinken und das Recht der Bürger auf Fragen einzuschränken. Man müsse sich aber an die Gesetzmäßigkeiten halten, die nicht von uns allein gemacht sind.

An Herrn Schönemann gewandt, bemerkte **Herr Weber, CDU-Fraktion**, die Aufgabe der Stadträte sei es, sauber abzuwägen, was könne man leisten und was nicht. Er begrüße es besonders, wenn ein Professor für Stadtplanung uns hier auf solche wichtigen Dinge hinweist. Das heißt nicht, dass man dafür oder dagegen ist, es bei der Stadtschwimmhalle so und so zu machen. Sich gewissenhaft hier zu äußern, was man bedenken muss, halte er schon für zulässig.

Des Weiteren wiederholte Herr Weber eine schon in der letzten Stadtratssitzung an Herrn Hantusch gerichtete Frage, die auch schriftlich schon seit einem halben Jahr in der Verwaltung ist. Es gehe immer noch um einen banalen Pflegevertrag für den Waldkater und den Amaliensitz, beantragt durch den Heimatverein Dessau-Siedlung. Auch seit er in der letzten Stadtratssitzung nachgefragt hatte, sei wiederum seitens der Stadtverwaltung nichts passiert, weshalb er dringend bitte, bis zur nächsten Stadtratssitzung für eine Lösung zu sorgen, damit diese engagierten Bürger das Recht bekommen, sich darum zu kümmern.

Man erhalte eigentlich immer Auszüge aus dem Protokoll über alle Anfragen, erklärte **Frau Beigeordnete Nußbeck**. Deshalb wundere sie sich jetzt. Auch **Oberbürgermeister Koschig** legte dar, dass die Anfragen und Bitten vom Stadtratsbüro als Auszüge ausgereicht werden, damit die entsprechenden Ämter mit diesen Aufgaben betraut werden können. Das war hier nicht dabei. Man werde sich aber darum kümmern.

Man werde eine Lösung finden, bemerkte **Herr Dr. Exner**, Vorsitzender des Stadtrates. **(Anmerkung: Die Prüfung ergab, dass am 13.01.2010 entsprechende Auszüge an die Dezernate V und VI gegeben wurden!)**

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, verwies an Herrn Hantusch gewandt auf den Beschluss zur Erneuerung des Tierheimes und die damit verbundene aufwendige Baumfällung. Seine Anfrage ging dahin, ob nach Fertigstellung des Tierheimes die Zufahrt vernünftig gestaltet wird. Nicht nur die Baufahrzeuge, sondern auch die Lastwagen für die Entsorgung zerfahren den sandgeschlammten Weg, so dass dieser Weg immer breiter und die angelegte Grünfläche zerstört wird.

Weiterhin wandte er sich an das Sozialdezernat. Das Jobcenter habe mitgeteilt, sich aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung nicht in der Lage zu sehen, Maßnahmen nach Antrag zum 1.4. und 1.5.2010 zu bewilligen. Er fragte, ob das in der Verwaltung bekannt ist und was unternommen wird, um möglichst die Arbeit, die die Träger für die Kommune leisten, abzufedern.

Diese Frage werde schriftlich beantwortet, da er im laufenden Geschäft der ARGE nicht eingebunden ist, erklärte **Herr Wolfram**. Fakt sei aber, dass die ARGE eine vorläufige Haushaltsführung hat und es in den zurückliegenden Jahren Kompromisslösungen gab. Er werde Herrn Krause kontaktieren, damit kurzfristig eine Antwort erteilt werden kann.

Ergänzend merkte **Herr Giese-Rehm** an, ein Träger habe signalisiert, dass er das Haus schließen müsse, wenn es diesbezüglich keine Bewegung gibt. Es handelt sich um eine große Einrichtung in Dessau-Süd.

Frau Müller, SPD-Fraktion, überreichte an Herrn Oberbürgermeister Koschig den Orden der Stadt Calpe in Spanien und richtete herzliche Grüße aus.

7. Beschlussfassungen

7.1 Aufhebung der Flugpausenzeiten für den Flugplatz Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/304/2009/I-12

Die Vorlage schließe sich an die eben diskutierte Informationsvorlage an, erklärte **Professor Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. Bei Aufhebung der Pausenzeiten würden nun Mehreinnahmen von 2.400 € prognostiziert, bei 10 bis 12 % mehr Flugbewegungen am Wochenende. Das ist die Habenseite und es stelle sich die Frage nach der Sollseite. Die Sollseite ist, dass sich der Stadtrat damit wortbrüchig macht. Es gebe eine Vereinbarung mit Bürgern, die damals die Grundlage war, damit das Genehmigungsverfahren Verkehrslandeplatz nach bundesdeutschem Recht eingeleitet werden konnte. Das jetzt im Stadtrat zu unterlaufen, finde er bedenklich. Man müsse sich an Vereinbarungen mit Bürgern halten.

Sicherlich können sich die Rahmenbedingungen ändern. Es sei aber nicht so, dass diese 2.400 € die wirtschaftliche Situation des Flugplatzes grundsätzlich ändern würden. Insofern werde seine Fraktion dieser Vorlage nicht zustimmen, zumal die betroffenen Ortschaftsräte ein sehr uneinheitliches Bild abgaben. Sein Plädoyer an die Stadträte sei, noch einmal zu überlegen, inwieweit dieses Soll es wert ist, Vereinbarungen mit Bürgern zu brechen und damit auch das Vertrauen in die Politik zu beschädigen.

Herr Weber, CDU-Fraktion, führte aus, Herr Prof. Schmidt habe vorweggenommen, was er als langjähriger Ortsbürgermeister in Kleinkühnau und als Stadtrat, der aber immer für den Landeplatz eingetreten ist, auch sagen wollte. Entgegen vieler verleumderischer und schlechter Nachreden sei er aber immer der Meinung, dass eine Vereinbarung mit Bürgern einzuhalten ist. Natürlich sei es legitimes Recht des Stadtrates, eines Ortschaftsrates oder wessen auch immer, seine Meinung zu äußern. Man könne auch im Laufe der Jahre zu einem anderen Schluss kommen, doch zuvor müsse man diese Vereinbarung auflösen, gegebenenfalls auch Einzelinteressen finanziell abfinden. Er werde anders abstimmen als seine Fraktion, denn diese habe sich eine andere Meinung gebildet.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, legte dar, er könne die Intention nicht aufnehmen. Er wolle kein Retourné spielen mit der Argumentation, was Kleinkühnau alles nicht hätte, wenn es z. B. die Erschließungsstraße nicht gegeben hätte. Fakt sei, hier gebe es keinen Wortbruch. Auch er habe zum damaligen Zeitpunkt dieser Initiative angehört, die im Wesentlichen den Aspekt darin sieht, den Flugplatz ökologisch auszurichten. Das lasse sich nachweisen in vielerlei Hinsicht. Auch die Entwicklung der Flugbewegungen ist maßvoll und nicht so, dass unbedingt ein Run entstanden ist. Es gehe nur darum, diesen Flugplatz, wenn wir ihn denn schon haben und es schwierig ist, ihn umzuwidmen bzw. zu privatisieren, mit einem solchen Angebot zu versehen, dass touristische Attraktionen auch am Wochenende besucht werden können. Die bisherige Regelung der Flugplatzordnung ist so unattraktiv, dass man den Flugplatz für mögliche Regionalbesuche gar nicht nutzen kann. Im Übrigen sei die jetzige Flugplatzordnung so ausgerichtet, dass der Zu- und Abfluss der Flugbewegungen durch die Flugleitung zu steuern ist und auch gesteuert wird. Er sehe die Kritik als unberechtigt an. Es gehe auch nicht um Wortbruch und darum, jemandem etwas heimzuzahlen. Es nütze nichts, wenn wir am Ende im demokratischen Sinn keine Mehrheiten haben, anschließend Amok zu laufen, was am Ende auch nicht mehr Akzeptanz für Demokratie bringe.

Mit Bezug auf den Text der Vorlage appelliere er an das Plenum und Herrn Weber, die Einstellung zu überdenken, führte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, aus. Wir beschließen, das ein Jahr zur Probe zu machen, auch dass die Leute nicht starten und landen können in dieser Pausenzeit. Nach einem Jahr, womit er Herrn Weber zustimme, werden die Ergebnisse ausgewertet, werde die Initiative eingeladen und mit ihnen gesprochen, bevor festgelegt wird, wie es weiter geht. Das sei ein guter Kompromiss.

Herr Professor Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, betonte, die Befristung nur für ein Jahr, stehe nicht im Beschlussvorschlag und müsste als Ergänzungsantrag eingebracht werden. Er habe auch die Bemerkung von Herrn Schönemann zum Amoklaufen nicht verstanden. Wenn er, Herr Dr. Schmidt, an dieser Stelle die Bedenken der Bürger einbringe, ist das legitim und habe nichts mit Amoklauf zu tun.

Herr Otto habe bereits vorweggenommen, dass außer Frage steht, das erst probieren zu wollen, erklärte **Herr Eichelberg, SPD-Fraktion**. Wenn man den Flugplatz halten und wirtschaftlich gestalten will, müsse man zulassen, das am Wochenende zu testen. Er sprach nicht nur als Fraktionsvorsitzender, sondern auch als Dessau-Kochstedter. Die Mehrheit der Fraktion werde dem zustimmen.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, merkte an, im Hauptausschuss ähnliche Bedenken angemeldet und dort gegen die Vorlage gestimmt zu haben, weil er die Probleme ähnlich sehe, wie bereits von Prof. Schmidt und Herrn Weber dargelegt. Deshalb werde er auch heute der Vorlage nicht zustimmen. Er sehe durch die Flugplatzleitung nach wie vor nicht gewährleistet, dass das, was die Bürger in den Bereichen Alten, Kochstedt und Mosigkau stört und nervt, nämlich die Platzrunden, die vor allem durch die Freizeitflieger gedreht werden, und um die es hier hinsichtlich der Starts und Landungen geht, zukünftig wirkungsvoll unterbunden wird.

Im Zusammenhang mit der vorhin behandelten Informationsvorlage, wolle er an die Verwaltung und an den Betreiber den Prüfauftrag geben, zur weiteren Konsolidierung des Flugplatzes ernsthaft die Erhöhung der sehr niedrigen Landegebühren zu prüfen. Wer es sich leisten kann, mit seinem Flieger durch die Republik zu schwirren, sei auch in der Lage, maßvolle Gebühren zu bezahlen. Dessau liege hier zumindest leicht unter dem Mittelfeld. Es gebe selbst Geschäftsleute, die sagen, so billig wie man hier in Dessau starten und landen könne, ist es fast nirgendwo sonst. Das sollte ein Ansatzpunkt sein, um an der Stelle das Konsolidierungspotential zu prüfen.

Herr Maloszyk, FDP-Fraktion, verwies zu dem von Herrn Otto Gesagten darauf, man könnte eine Irritation ausräumen, indem einfach die letzten beiden Absätze der Begründung in den Beschlussvorschlag aufgenommen werden.

Herr Oberbürgermeister Koschig merkte an, als Einreicher der Vorlage erkläre er die letzten beiden Absätze der Begründung als Beschlussvorschlag.

Die Anmerkung des OB aufgreifend, erklärte **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**, es werde über den Beschlussvorschlag mit der Maßgabe abgestimmt, dass durch den Einreicher folgende Sätze ergänzt werden:

„Der Flugbetrieb wird bei entsprechender Genehmigung durch die Behörde zunächst für ein Jahr ohne Flugpausenzeiten durchgeführt.

Außerdem soll die Genehmigung unter der Bedingung erfolgen, dass in den **(bisherigen*)** Flugpausenzeiten **(sonn- und feiertags von 13 bis 15 Uhr*)** zwischen Landung und Neustart eines Flugzeuges mindestens eine Stunde vergehen muss.“

*) Erläuterung zur Klarstellung

Der Beschluss zur geänderten Vorlage wurde mehrheitlich gefasst.

Abstimmungsergebnis: 33:10:02

7.6 Jahresabschluss 2008 des Eigenbetriebes Stadtpflege der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/010/2010/II-EB

Frau Beigeordnete Nußbeck verwies zunächst auf das heute ausgereichte Austauschblatt. Man hatte sich innerhalb der letzten Tage noch einmal dazu verständigt, dass der Stadtrat diesen Beschluss ebenfalls hier fassen soll. Ursprünglich wurde im Betriebsausschuss über eine etwas von den Vorjahren abweichende Vorlage beraten. In den Vorjahren wurde bei der Gewinnverwendung mindestens auch immer die Eigenkapitalverzinsung an die Stadt abgeführt. Im Prüfbericht des Landesrechnungshofes wurden mehrere Dinge kritisiert und die Verfahrensweise in Zweifel gezogen. Dazu gehört die Berechnungsart der Eigenkapitalverzinsung, die Abführung der Zinserträge an den kommunalen Haushalt und noch die Papierkorbentsorgung in Grünanlagen in der Abfallkalkulation. Gemeinsam mit dem Betriebsausschuss hatte man sich dazu verständigt, diese Fragen explizit einem Prüfer zu übergeben und eine qualifizierte Stellungnahme geben zu lassen, wie wir künftig damit umgehen. Da diese Frage noch nicht abschließend geklärt ist, wolle man jetzt keinen Rechtsverstoß begehen und der Betriebsausschuss habe sich dazu verständigt, die Aussage, dass das, was bereits abgeführt worden ist, wieder zurückgeführt wird, in die Begründung zu nehmen. Das sei kompliziert. Die Kämmerei habe festgestellt, dass für die Zahlung in einer solchen Größenordnung ein Stadtratsbeschluss notwendig ist. Das ist die Beschlusserweiterung. Es wurde aus der Begründung jetzt in den Gegenstand nach vorn genommen, dass die bereits gezahlten Beträge in Höhe von 1.473.000 € zurückgeführt werden. Wie auch in der Beschlussvorlage, Anlage 1, Seite 2 und 3 dargestellt ist, setzen sie sich zusammen aus 634.000 € Zinserträgen aus dem Jahr 2007, aus 355.000 € Zinsabschlageträgen aus 2008, aus der 2. Abschlagszahlung in Höhe von rund 297.000 € und aus der Eigenkapitalverzinsung in Höhe von 187.000 €, die am 21.12.2009 schon einmal als Abführung geleistet wurde.

Wenn die Prüfung für die Stadt positiv ausgeht, sich also herausstellt, dass wir rechtmäßig gehandelt haben, erläuterte Frau Nußbeck weiter, werde das Geld auch wieder zurückgeführt. Dann gibt es im nächsten Jahr mit dem Jahresabschluss auch einen neuen Gewinnverwendungsvorschlag. Das Geld gehe nicht verloren, sondern werde auf neue Rechnung vorgetragen. Ansonsten sei der Jahresabschluss im Rechnungsprüfungsausschuss gemeinsam mit dem Betriebsausschuss hinreichend beraten worden.

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, fragte nach, warum wir dann jetzt zurückführen und den Haushalt damit zunächst einmal schädigen und nicht das Ergebnis der Prüfung abwarten, wenn es noch keine Klarheit gibt.

Der Landesrechnungshof hat jetzt Feststellungen getroffen, welche sich wie Rechtsverstöße lesen, erwiderte **Frau Beigeordnete Nußbeck**. Weil das so klar formuliert worden ist, möchte man kein Risiko eingehen, dass wir möglicherweise, obwohl der Hinweis vom Landesrechnungshof kam, bewusst einen Rechtsverstoß begehen. Es gehe nichts verloren. Wir führen das jetzt zurück. Es gehen jetzt zwar liquide Mittel von 1,4 Mio. € verloren, aber beim Kassenkredit von 35 Mio. € komme es nicht mehr darauf an, wenn es 36 Mio. € sind. Gegenüber einem Rechtsverstoß, der bewusst begangen wird, sei das das kleinere Übel.

Er werde sich der Stimme enthalten, um nicht im Weg zu stehen, aber er hätte sich das anders gewünscht, erwiderte **Herr Giese-Rehm**.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, legte dar, nachdem man im Rechnungsprüfungsausschuss dieses Thema diskutiert hatte, habe er sich die Frage gestellt, wieso werde jetzt noch einmal ein Gutachter beauftragt. Nach dem Rödl & Partner-Gutachten gehe das. Jetzt rüge der Landesrechnungshof, wir fassen wieder Geld an mit einem Ergebnis, was wir noch nicht kennen. Er stelle die Frage, ob schon entschieden ist, welches Büro das machen soll bzw. ob schon jemand bei Rödl & Partner angeklopft und ihnen gesagt hat, dass sie uns etwas Falsches bescheinigt haben.

Darauf erwiderte **Frau Beigeordnete Nußbeck**, es sei eine sehr komplizierte Materie. Gerade zum Thema Eigenkapitalverzinsung, wie es berechnet wird, gebe es im Laufe der letzten 20 Jahr auch Erlasse usw., die auch das Gesetz ausgestalten. Sie war in der vorigen Woche zum Seminar und habe gelernt, dass Erlasse uns gar nicht binden, sondern die Aufsichtsbehörden. Es sei aber nicht einfach. Rödl & Partner hat etwas zu den Zinserträgen gesagt, nicht zur Eigenkapitalverzinsung und auch nicht zur Papierkorbentsorgung. Dort stehen deutliche Worte drin. Sie könne wenn gewünscht im nichtöffentlichen Teil noch mehr Informationen geben. Rödl & Partner werde in die Frage mit einbezogen, aber wir möchten jetzt noch einen namhaften Gutachter, dessen Gutachten auch Wert und Namen hat, denn man werde möglicherweise auch einen Rechtsstreit führen. Letztlich habe das Gericht das letzte Wort. Das war der Satz aus Rödl & Partner, die gesagt haben, es gibt noch keine Rechtssprechung in Sachsen-Anhalt. Diese werde man am Ende abwarten müssen.

Man bewege sich in einem Spannungsfeld zwischen Handelsrecht und was der Landesrechnungshof für Recht hält, merkte **Herr Bähr, FDP-Fraktion**, an. Nach dem Handelsrecht sei das, was wir in dem Betrieb gemacht haben, in Ordnung. Jetzt habe man aber das Problem, dass ein Wirtschaftsprüfer uns prüft. Wenn solche Fragen durch den Landesrechnungshof auftauchen, gehöre es sich auch, dass dieser Wirtschaftsprüfer sich mit diesen Fragen auseinandersetzt. Ansonsten würde es bedeuten, wenn der Landesrechnungshof Recht hätte, dass er ein falsches Testat abgegeben hat. Also sei es insoweit erforderlich, dass der Wirtschaftsprüfer sich damit auseinandersetzt und uns die Schützenhilfe gibt, die wir in der Auseinandersetzung mit dem Landesrechnungshof brauchen. Auf diesem Weg ist man. So wie es aussieht, sei es korrekt, was gelaufen ist und bewege sich im Bereich der Ermessensspielräume. Wenn er an die verschiedenen Auseinandersetzungen mit dem Landesrechnungshof denke und mit den Wünschen, um irgendwo seine Daseinsberechtigung im städtischen Bereich zu finden, sollte man sich mit denen in Ruhe auf einem qualifizierten Niveau auseinandersetzen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, legte dar, man sollte sich geschlossen hinter diesen Abschluss stellen. Was man versucht hat auszureizen, habe man getan und auf den Weg gebracht. Er würde die Bemerkung über Rödl & Partner, was die Belastbarkeit ihrer Aussagen betrifft, zurückstellen, denn es war das richtige Unternehmen, das man zur Prüfung hatte.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 44:00:01

7.7 Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Stadtpflege der Stadt Dessau-Roßlau für das Jahr 2008
Vorlage: DR/BV/011/2010/II-EB

Frau Beigeordnete Nußbeck sprach Frau Moritz, Leiterin des Stadtpflegebetriebes, ihren Dank aus. Es ist ein solider Abschluss, sie hat das Ergebnis um 1,6 Mio. € verpasst, aber im Plus, was schon erwähnenswert sei.

Die Betriebsleitung wurde entlastet.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

7.8 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Stadtpflege für das Jahr 2010
Vorlage: DR/BV/067/2010/II-EB

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

7.9 Sportstättenentwicklungskonzeption der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/005/2010/V-41

Herr Wolfram, Leiter des Schulverwaltungsamtes, erläuterte stellvertretend für den Beigeordneten Herrn Dr. Raschpichler, dass eine umfängliche Konzeption der Stadt Dessau-Roßlau vorliegt. Die Konzeption wurde gemeinsam mit dem Stadtsportbund in einer Vielzahl von Beratungen und mit einer großen Anzahl von Vereinen im Breiten- und Leistungssport beraten. Sicherlich, das habe auch die Diskussion im Kulturausschuss gezeigt, gebe es noch etliche Ecken und Kanten. Dieses qualifizierte Papier wurde unter Federführung des Sportamtes und der Fachhochschule, unter Beteiligung derer, die Sport treiben und vieles kennen, erarbeitet und ist eine sinnvolle Fortsetzung dessen ist, was wir vor diesem Stadtrat schon einmal gemacht haben, nämlich eine Bilanzierung der Sportstätten. Insgesamt wurde eine sportpolitische Zielstellung für die Stadt Dessau-Roßlau als Sportstadt und für das Sportangebot in der Einzelheit, wie im Besonderen und in der Vielfalt herausgearbeitet.

Nun könnten Stadträte, die sehr verantwortungsbewusst sind, sagen, es werden Vorschläge ausgereicht in einer Zeit der Haushaltskonsolidierung. Er meine, dass man hier aber ein Programm habe, was uns nicht verbietet, dass wir weiter arbeiten. Wir wollen nicht sparen beim Sport, sondern wir wollen sparen mit dem Sport. D. h. man wolle mit denen, die vor Ort in den Stadien, Plätzen, Umkleiden und Hallen tätig sind, beraten, wie wir etwas besser, günstiger und effektiver machen können. 15.000 Sportlerinnen und Sportler, die in vielen Ligen spielen oder zu Wettkämpfen antreten, haben Ideen und Potential. In wenigen Tagen werde man sich den Fragen des Stadumbaues stellen. Der Sport ist eine wichtige Frage vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Man habe in dieser Stadt sicherlich seit 1989/90 Einwohner verloren, aber Sportlerinnen und Sportler gewonnen. 15.000 sind es, die heute länger aktiv Sport treiben und diese sind es, die unsere Stadt auf ihre Art liebenswert machen. Er spreche nicht von den großen Events und nicht von den Dingen, die uns in Einmaligkeit immer wieder über die Grenzen unserer Stadt, unseres Landes, bekannt machen, sondern es sind die Menschen, die tagtäglich in der Sektion, auf dem Platz, in Tabellen usw. vorkommen. Er

bitte, das so zu sehen, dass das kein abgerundetes Bild ist, sondern dass das fortgeschrieben wird in einer jährlichen Präzisierung auf der einen Seite und aller 5 Jahre einer Rahmenfortschreibung auf der anderen Seite. Das werde man tun mit denen, die tatsächlich tagtäglich in der Freizeit aufopferungsvoll in den Vereinen tätig sind. In diesem Sinne bat er Zustimmung zur Vorlage.

Die Stellungnahme der **Fraktion Die Linke** zum Sportstättenentwicklungskonzept trug **Frau Stöbe** vor. Es werde begrüßt, dass erstmalig so ein umfassendes Material vorliegt und als solide Arbeitsgrundlage für eine Fortschreibung für die Entwicklung dient. Die Zusammenarbeit mit der Hochschule werde besonders begrüßt, weil man sich auch auf anderen Strecken dort schon eingesetzt hat. Damit wurde einiges bewegt und es gab natürlich auch die Sicht von außen, die manchmal auch ganz gut tut. Analytisch, methodisch scheint es auf dem neuesten Stand erarbeitet worden zu sein.

In der Begründung heiße es, dass die Potentiale einer ganzheitlichen Sportentwicklung für Dessau-Roßlau mit den dafür notwendigen Sportstätten untersucht wurden. Man sei der Meinung, dass das vielleicht nicht ganz geglückt ist, weil für uns zu diesen Entwicklungspotentialen auch die Meinungen der Nutzer, der Vereine, der Fachverbände, des Stadtsportbundes, der Fachgremien sowie der Mitglieder gehören. Diese Beteiligung am demokratischen Findungsprozess sei im Sportkonzept nicht erkennbar. Es fehlen die Wortmeldungen, Einschätzungen und Standpunkte der genannten Verbände und Einrichtungen. Bei vielen Beschlüssen habe man die Standpunkte der Fachgremien als Anlage widergespiegelt. Das fordere die Fraktion transparent ein, auch gerade vor dem finanziellen Hintergrund der Situation der Stadt und der schon teilweise begonnen Diskussionen.

Es stelle sich die Frage, sind die Sportvereine, Sportfachverbände und der Stadtsportbund mit einbezogen worden. Wenn ja, warum sind die entsprechenden Stellungnahmen nicht ersichtlich, wie auch in anderen Konzeptionen. Wenn nein, fordere man den Einreicher auf, dieses zu korrigieren. Weiterhin **beantrage** die Fraktion, dieses Konzept in den Ausschuss **zurückzuverweisen**, um die angemahnten Korrekturen, die demokratische Mitwirkung uns transparent sichtbar zu machen, zu korrigieren und einzuleiten. Man habe zeitlich keine Not, die geforderten Ergänzungen einzubringen und im nächsten Stadtrat zu beschließen.

Herr Dr. Plettner, Fraktion der FDP, knüpfte an, es sei ein Papier, was nicht unbedingt in die Ausschüsse muss, sondern in alle Fraktionen. Auf dieser Grundlage können alle Fraktionen und Parteien ihren Standpunkt deutlich machen. Es sei ein wichtiges Papier, das erkennen lässt, wie wichtig Sport und soziales Umfeld, wie mannigfaltig die Verflechtungen sind. Ob nun die eine Sporthalle auch der Kultur zugeführt werden kann, oder ob jener Sportplatz vom Verein zu übernehmen ist, seien alle Fraktionen aufgerufen, sich zu bekennen.

Frau Lohde, CDU, ging auf die in der Konzeption erwähnte Schimmelbildung in einer Sportstätte ein und fragte, ob diese die Gesundheit gefährde.

Aus Sicht der Gesamtverantwortung für die Stadt gebe es grundsätzlich bei Auftreten von Schimmelbildung die Einbeziehung des amtsärztlichen Dienstes und einer Fachfirma, das heißt, das Amt 53 und ein entsprechender Betrieb, der sofort vor Ort prüft, wie

mit den Dingen umzugehen ist, erwiderte **Herr Wolfram**. Ist hier Gefahr im Verzug, werde dann auch gehandelt.

Herr Hirsch, Sportdirektor, erhielt das Rederecht und bestätigte das von Herrn Wolfram Gesagte. Man sei ständig mit dem Gesundheitsamt in Verbindung. Es werden ständig die Sportstätten und Bäder kontrolliert und die Stellungnahmen abgegeben. Er versicherte, dass hier keine für die Gesundheit schädlichen Dinge vorhanden sind.

Die andere Frage betreffend, komme in der Vorlage vielleicht nicht explizit heraus, dass der Stadtsporthund sehr umfassend in die Erarbeitung des Konzeptes integriert wurde. Von Anfang an war der Stadtsporthund dabei, ebenso war eine Vielzahl der wichtigen und großen Sportvereine mit eingebunden, sie haben ihre Materialien, Zahlen und Fakten in die Vorlage mit eingebracht, weshalb sie nicht als Stellung nehmende anhänglich sind. Man habe bereits einen Prozess eingeleitet. Vor wenigen Tagen fand eine Sondersitzung des Vorstandes des Stadtsporthundes allein zu der Konzeption statt, die als Arbeitspapier bestätigt wurde, um Schlussfolgerungen abzuleiten. Für die Zukunft sind das z. B. ständige Arbeitsgruppen zu bilden, um genau diese Prozesse zu begleiten wie „Schrumpfende Stadt“, demografische Prozesse, trotzdem Weiterentwicklung des Sportes und trotzdem Einsparung von Kosten. Diese Dinge wurden bereits auf den Weg gebracht. Das Papier habe, obwohl es noch gar nicht beschlossen ist, in den letzten 5 Wochen zu intensiven, auch konstruktiven guten Beratungen in der Stadt geführt.

Herr Prof. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, legte als Vorsitzender des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport dar, man habe lange auf die Fortschreibung der Sportstättenentwicklungsplanungen gedrängt, weil es ein wichtiges strategisches Instrument ist, um den Sport weiter zu entwickeln und sozusagen die Unterstützungsmechanismen, die innerhalb der Stadt möglich sind, zu haben. Deshalb seien alle froh, dass das Konzept heute vorliegt.

Die Diskussion im Ausschuss widerspiegelnd, sei es so, dass auf seinen Antrag hin, den er auch heute stellen wolle, die Punkt 1,2 und 3 getrennt abgestimmt wurden. Grund ist die Qualität des Konzeptes. Auf der Seite 5 wird die methodische Darstellung gemacht und gesagt, welche unterschiedlichen Methoden es gibt: Richtwertmethode, kooperativer Ansatz, integrierter Ansatz. Auf der Seite 4 wird dargestellt, dass es den Soziotopansatz gibt, dass man sagt, ich habe bestimmte Wohnverhältnisse, die haben bestimmte Koalitionen mit Sportverhalten und das möchte ich eigentlich darstellen. Auf der Seite 29 wird zusammenfassend dargestellt: „Anhand der tabellarischen Zusammenstellung wird deutlich, dass die Hochschule Anhalt (FH) nicht in der Lage war, diesen integrativen Soziotopansatz anzuwenden. D. h. man habe auf der Seite der Qualität des Angebotes keine belastbaren Aussagen.“

Es werde weiter über Wirtschaftlichkeit geredet, wobei die Wirtschaftlichkeit auf Kosten reduziert wird, als Wirtschaftlichkeit sind immer Einnahmen minus Ausgaben zu betrachten. Da wird nur gesagt, welche Kosten habe ich, das ist teuer, das ist billig. Das sagt überhaupt nicht, wenn Betriebskosten hoch sind oder niedrig, wie intensiv es genutzt wird und wie wichtig es für die Stadt ist. Deshalb habe er als Ausschussvorsitzender gesagt, hier könne er nicht mitmachen. Wenn die Mehrheit denkt, dass es ausreichend ist für die künftige Entwicklung und es stehe auch drin, dass es regelmäßig aktualisiert und in 5 Jahren fortgeschrieben werden soll, dann könne man es ja beschließen. Er habe aber Angst, wenn jetzt ein Sparkommissar kommt, sich das Konzept nimmt und

sagt, ich habe hier keine belastbaren Aussagen, ich habe zwar 119 Vereine schön und gut und sicherlich auch wichtig und zu unterstützen, warum müssen diese aber 250 T€ Zuschuss bekommen jedes Jahr. Professor Schmidt beantragte deshalb, die Punkte 1, 2 und 3 differenziert abzustimmen, dann könne auch jeder für sich entscheiden.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, sprach zunächst ein Grundsatzproblem an. Es sei heute schon einmal passiert, dass wir eine Beschlussvorlage auf der Tagesordnung hatten, die zwar durch den Hauptausschuss bestätigt, aber heute von der Tagesordnung genommen wurde. Zu dem vorliegenden Konzept bzw. dieser Beschlussvorlage gab es eine eindeutige Abstimmung im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport. Jetzt diskutiere man, ob es wieder in den zuständigen Ausschuss verwiesen werden soll. Es sei weiterhin ziemlich deutlich durch Herrn Hirsch zum Ausdruck gebracht worden, dass die Vereine und Institutionen mit beteiligt waren und es von denen grünes Licht gibt und als Grundlage gesehen wird. Es wurde auch darüber gesprochen, dass diese Grundlage fortgeschrieben werden muss. Das sollte heute beschlossen werden. Was wir in Zukunft machen wollen, können wir doch machen und einbringen. Man habe das erste Mal die Möglichkeit, mit diesem Konzept weiter zu arbeiten und unsere Ideen einzubringen. Das Konzept sei nicht abschließend. Um eine Grundlage zu haben, sollte das Konzept heute beschlossen werden. Die SPD-Fraktion werde der eingereichten Vorlage zustimmen.

Herr Krüger, Fraktion Die Linke, bemerkte, er könne sich der Meinung von Herrn Eichelberg nicht anschließen. Er halte ansonsten von Herrn Wolfram seiner Arbeit viel, aber heute sei er vielleicht nicht richtig informiert worden. Seines Wissens und seiner Erfahrung nach habe die Aussprache nicht in dem notwendigen Maße stattgefunden. Natürlich habe der Stadtsportbund an der Erarbeitung des Papiers teilgenommen und auch die Vereine haben die Zahlen geliefert. Aber über das Ergebnis sei der Stadtsportbund lediglich informiert worden. Er halte den Stadtsportbund im Augenblick auch mehr für einen Verwalter als für einen Gestalter. Er würde mit dem Vorschlag zum Teil mitgehen können, wenn man sich den Punkt 2e sparen würde, nämlich „weitere Konsolidierungsvorschläge sind zu identifizieren.“ Das sei für ihn zu viel Gummi, was steckt da dahinter, geht künftig etwas am Stadtrat vorbei? Auf der anderen Seite würde er den Punkt f in der Weise konkretisieren, dass nicht nur von Spitzensport geredet wird, sondern konkret der einzige Spitzensport, den wir in Dessau haben, nämlich die Handballer, hier auch konkret benannt wird und in der Richtung auch etwas passiert. Ansonsten sei es naturgemäß in Zeiten, in denen gespart werden muss und wo die Stadt schrumpft, weniger ein Sportstättenentwicklungspapier, sondern vielmehr die Frage, welche finanziellen Mittel für den Sport noch da sind und was man sich künftig leisten könne. Er sei grundsätzlich positiv von dem Papier und von den Aussagen berührt, es müsse aber noch einmal besprochen werden, weshalb er für eine Rückverweisung an den Ausschuss ist.

Sie habe den Eindruck gewonnen, dass das Ergebnis nicht mit dem Stadtsportbund durchgesprochen wurde, erklärte **Frau Lode, CDU**. Sie stellte die Frage, welchen Investitionsstau man bei den Sportstätten habe.

Auf die vorhergehenden Fragen eingehend, bestätigte **Herr Wolfram**, nicht in allen Details angebunden gewesen zu sein. Er habe nicht nur im Ausschuss an der Aussprache teilgenommen, sondern mehrfach auch mit dem Sportdirektor über diese Dinge gesprochen. Er wisse, dass der Stadtsportbund nicht nur formell beteiligt wurde, sondern in

insgesamt 3 plus 2 Beratungen eingebunden war in zwei Teilen. Der 1. Teil waren die Mitglieder des Vorstandes und der 2. Teil waren die, die in der formellen geschäftlichen Verwaltung tätig sind. Man müsse sagen, dass zu Punkt e, weitere Konsolidierungsvorschläge zu identifizieren, eindeutig der Stadtrat nach Beratung über die Haushaltskonsolidierung befindet. Hier könne man nichts verwischen und auch nichts an dem Stadtrat vorbei machen. Es sei der Auftrag, dass das weiter betrachtet werden soll und auch betrachtet werden kann. Wenn man zum Punkt f komme, habe man auch lange im Ausschuss über diese Frage diskutiert. Die Frage im Zusammenhang mit Namensrechten von Unternehmen sei heute immer sparsamer zu betrachten, als das noch vor Jahren war. Es wäre schön, wenn wir ein Logo XYZ, er wolle kein großes Unternehmen nennen, hier an diesen Sportstätten hätten und dafür den Namen tragen und die Einnahmen hätten. Aber die Bemühungen in dieser Frage gehen immer weiter und man werde hier auch etwas tun. Man wisse, wie viele Unternehmen in der Stadt sich einbringen, um z. B. unseren Handballverband zu unterstützen. In diesem Zusammenhang sollte das gemacht werden. Er rate dringend, dieses Papier als eine Grundlage der weiteren Entwicklung für die Sportstadt Dessau jetzt zu verabschieden, so dass man eine Arbeitsrichtung habe. In den nächsten Wochen und Monaten werde man sich vielen Einzelfragen zuwenden müssen. Es wurde zugesagt, dass die Beantwortung der Anfrage von Frau Lohde schriftlich erfolgt.

Für die Annahme des Konzeptes warb ebenfalls **Herr Oberbürgermeister Koschig**. Er merkte an, die Unzufriedenheit mit einigen Aussagen in diesem Konzept, was den integrativen Soziotopansatz betrifft, zu teilen. Hier habe es Auseinandersetzungen mit dem Auftragnehmer gegeben, weil wir die auf der Seite 28 vom Auftragnehmer geforderten Unterlagen nicht beibringen können. Zu dieser Zeit war unsere Abteilung für Statistik und Wahlen einfach nicht in der Lage dazu. Wir können diese Informationen nicht bringen, womit dieser Ansatz ungeeignet ist, Aussagen zu treffen. Daran krankt dieses Konzept. Aber die Grundrichtung stimmt und das, was das Sportamt zusammen mit dem Stadtsportbund zusammengetragen hat, die Analysen, die Statistiken belastbar seien und ein gutes Ausgangsmaterial bilden für den nächsten Schritt, für die Neuauflage dieses Sportstättenkonzeptes, um einen geeigneten greifbaren Ansatz zu finden. Allen sei bewusst, dass das Papier noch verbesserungsbedürftig ist. Insofern schliesse er sich den Ausführungen von Herrn Eichelberg und von Herrn Wolfram an und bitte um Beschlussfassung.

Es wurde zunächst über den **Antrag zur Rückverweisung** des Konzeptes an den Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport entschieden. Dieser wurde mehrheitlich **abgelehnt** (09:34:01).

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, verwies auf den **Antrag** zum Verfahren von Herrn Professor Schmidt dahingehend, die einzelnen Ziffern **getrennt abzustimmen**. Zu dieser Verfahrensweise bestand nach Anfrage keine Widerrede, so dass eine Einzelabstimmung durchgeführt wurde.

Die Sportstättenentwicklungskonzeption wurde beschlossen.
Abstimmungsergebnisse je Beschlusspunkt:

Zu 1. - 37:05:02

Zu 2. - 35:00:09

Zu 3. - 35:00:09

7.10 Richtlinie zur Finanzierung von Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft in der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/310/2009/V-51

Die Richtlinie wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 44:00:00

7.11 Zusammenlegung der Kinderfreizeiteinrichtungen "Schülerfreizeitzentrum" und "Station Junger Techniker und Naturforscher" (Haushaltskonsolidierungsvorschlag Nr. 4036)
Vorlage: DR/BV/497/2009/V-51

Dieses Thema habe den Jugendhilfeausschuss des Öfteren beschäftigt, stellte **Frau Grabner, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, ihren Ausführungen voran. Das Programm Soziale Stadt wurde 2007 mit der Maßgabe beschlossen, noch einmal zu überprüfen, inwieweit inhaltliche Überarbeitungen Sinn machen. Im Jahr 2008 wurde die Konsolidierungsmaßnahme zur Zusammenlegung der beiden Einrichtungen beschlossen. Jetzt soll der Stadtrat die Zusammenlegung dieser beiden Einrichtungen am Standort Schaftrift beschließen. In der gesamten Zeit habe der Jugendhilfeausschuss über den Standort heiß diskutiert. Im Programm „Soziale Stadt“ wurden Gelder für die Zusammenlegung am Standort Rennstraße eingebracht. Die Finanzierung der Sanierung dieses Standortes wäre möglich. In der Zwischenzeit ist aus dem politischen Raum als Alternativstandort die ehemalige Heideschule eingebracht worden. Diese ist jetzt leer und die Mittel müssten für ihre Sanierung umgelenkt werden. Momentan gilt weder von der Verwaltungsseite noch von Seiten der Politik der Standort Rennstraße als Favorit.

Seit Mitte des letzten Jahres habe der Jugendhilfeausschuss darauf gedrungen, ein Konzept für die kompletten Einrichtungen vorzulegen. D.h. man wollte wissen, wie sinnvoll an welcher Stelle, an welchen Brennpunkten seitens der Stadt Freizeiteinrichtungen offen zu halten sind. Uns wurde zugesichert, dass Ende Februar im Jugendhilfeausschuss dieses Konzept vorliegt. Das Konzept liege nun Ende März leider noch nicht vor. Jetzt soll beschlossen werden, dass man vorläufig in die Schaftrift zieht und im Nachhinein zu überlegen ist, welcher Standort sinnvoller wäre. Das sei ein Schritt vor dem ersten, weshalb Frau Grabner folgenden **Änderungsantrag** stellte:

Der Beschlusstext der Vorlage wird wie folgt geändert:

1. Der Beschluss des Stadtrates vom 22.04.2009 zum Haushaltskonsolidierungsvorschlag Nr. 4036 ist hinsichtlich des Standortes zu ändern.
2. Die Entscheidung zum Standort der gemeinsamen Einrichtung wird im Rahmen der Ergebnisse der Untersuchungen zu den Standorten Schülerfreizeitzentrum, Station Junger Techniker und Naturforscher, Heideschule, ehemalige Berufsbildende Schule I am Schlossplatz und Törtener Straße getroffen.

(Ergänzend betonte Frau Grabner, man hatte ein Konzept für die ganze Stadt gefordert.)

3. Im Vergleich wird u. A. die Relevanz des Standortes für soziale Brennpunkte untersucht und welchen Beitrag die Einrichtung zur Lösung der sozialen Probleme im Bereich Soziale Stadt in der Innenstadt leisten kann.

4. Diese Ergebnisse der vergleichenden Untersuchungen sowie ein inhaltliches Konzept für die Betreibung der Einrichtung sind dem Jugendhilfeausschuss vorzulegen und zu bewerten.
5. Über eine ggf. notwendig werdende Zwischenlösung und einen Arbeits- und Zeitplan befindet der Stadtrat nach Vorliegen weiterer Erkenntnisse.

Erinnernd an das Sprichwort „zweimal umgezogen ist wie einmal abgebrannt“ bat Frau Grabner um Zustimmung zum Änderungsantrag.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, erklärte, den von Frau Grabner unterbreiteten Vorschlag zu unterstützen. Ein gleiches Votum wurde von **Herrn Trocha, CDU-Fraktion**, im Namen der Fraktion bekannt gegeben.

Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke, merkte an, man sollte sich einig sein, dass irgendwann eine Entscheidung getroffen werden muss. Er könne als stellvertretender Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses mitteilen, dass die im Ausschuss gefallene Entscheidung sehr knapp für die Zusammenlegung an der Schaftrift ausfiel. Inzwischen habe sich die Arbeitsrichtung etwas verändert, z. B. sei der Schlossplatz schon keine Alternative mehr. Im Ausschuss hieß es zuletzt, Freilenkung der Rennstraße. Hier gebe es nun die Tendenz, dort den Geschäftssitz des neuen Eigenbetriebes Kindertagesstätten zu etablieren. Nach Lage der Dinge sei auch einzuschätzen, dass die Kapazität für beide Einrichtungen nicht ausreicht, was schon eher an dem Komplex alte Heideschule der Fall wäre. Es sollte abgeklärt werden, ob die Schaftrift oder die Heideschule als Arbeitsrichtung die Alternative sein kann. Die Entscheidung sei auch mit dieser Beschlussvorlage nach wie vor offen.

Es gehe im Moment um fiskalische Effekte, die man erreichen könnte, wenn man erst einmal beide Einrichtungen an der Schaftrift zusammen nimmt. Dem sei eine Mehrheit im Ausschuss gefolgt. Ob das jetzt so vernünftig ist, sei eine andere Frage, weil dazu dieses von Frau Grabner angesprochene Konzept fehlt. Tatsächlich habe Dr. Raschpichler zugesagt, konzeptionell Zuarbeiten zu leisten und das zu bewerten. In der letzten Sitzung habe er auch erst auf Nachfrage erklärt, dass er eine solche Bearbeitung im Moment nicht für aussichtsreich hält, weil die fiskalischen Effekte eine solche Denkweise gar nicht zuließen. Er (Herr Hoffmann) fragte sich, ob er das gesagt hätte, wenn er nicht gefragt worden wäre, und er ärgere sich, da es so etwas sei wie „mache ich nicht, halte ich im Moment nicht für nötig“. Aber der politische Raum hat eigentlich eine Aufgabe erteilt. Im freien Bereich nenne man das Arbeitsverweigerung und helfe am Ende nicht, die Arbeitsrichtung stehe trotzdem.

Da man immer von Brennpunkten rede, gab Herr Hoffmann zu bedenken, man sollte sich mit der Situation vertraut machen, wo man was vorhalte. Der Zoberberg und die Schaftrift seien tatsächlich auch ein Brennpunkt, den man nicht unterschätzen darf. Insofern könnte er mit der Arbeitsrichtung Schaftrift sehr gut leben. Herr Geier als weiteres Mitglied seiner Partei im Jugendhilfeausschuss habe sich die Mühe gemacht, eine Wertung der einzelnen Objekte zu lokaler Anbindung, Publikumsverkehr usw. vorzunehmen, und er kam über diesen Weg auch zur Schaftrift.

Herr Hoffmann habe kein Problem, die Vorlage an den Ausschuss zurück zu verweisen, um grundsätzliche konzeptionelle Dinge zuarbeiten zu lassen. Irgendwann müsse man aber eine Entscheidung treffen, könne das nicht immer vor sich herschieben und über

die Verhältnisse die Sache betreiben. Man habe Haushaltsdrücke, die nicht wegzudiskutieren sind. An dieser Stelle könne man einen Effekt erzielen, auch wenn es nur ein kleiner ist. Aber lieber diesen Effekt als die Dinge gänzlich infrage zu stellen.

Herr Professor Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, verwies darauf, es sei nicht das Anliegen der Fraktionen, das Zusammenlegen zu torpedieren, sondern dieses so zu gestalten, dass es einen maximalen Nutzeffekt hat. 2008 wurde erstmals beschlossen, die beiden Einrichtungen zusammen zu führen. Im September 2009 begann auf Drängen von Frau Grabner im Jugendhilfeausschuss das Nachdenken darüber. Er frage, was in den 1 ½ Jahren vorher passiert ist. Wie werde mit den Beschlüssen des Stadtrates umgegangen. Man habe ein Konzept für die Soziale Stadt beschlossen, in dem eindeutig der Bereich Innenstadt als soziales Problemgebiet ausgewiesen wurde. Darauf müsse man reagieren. Wenn Schülerfreizeiteinrichtungen, es gehe nicht um Jugendeinrichtungen, zusammengeführt werden, sollte es wohnortnah dort passieren, wo die Probleme auch existieren. Professor Schmidt habe 2007, als der Aufstellungsbeschluss Soziale Stadt zur Diskussion stand, gefragt, ist die Rennstraße „der Weisheit letzter Schluss?“ Er frage auch, wo dazu die Untersuchungen und Konzepte sind. Seit 2008 hätte man 1 ½ Jahre gut arbeiten können, was man nicht gemacht habe. Auf Druck der Fraktion ist es dann in den Ausschuss gekommen. Es kumulierte dann in der Aussage von Dr. Raschpichler, dass man das jetzt nicht machen kann. Das könne nicht sein. Weiterhin werde immer gesagt, die Innenstadt stärken zu wollen. In dem Punkt könne man dann nicht Funktionen, die innenstadtrelevant sind, an externe Standorte platzieren. Das sage er auch als Stadtplaner. Aus diesem Grund bat er dem Änderungsantrag zu folgen und zu sagen, wir müssen eine richtige Bewertung und klare Arbeitsrichtung in den Ausschüssen haben. Es müssen Sozialverwaltung und Bauverwaltung an einem Strang ziehen und sagen, wie kann man diesen Standort an der Heideschule entwickeln.

Es werde befürchtet, wenn jetzt ein Beschluss gefasst wird, ziehe man um und das war es, merkte **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, an. Wir nehmen die Einrichtung, die in der Stadt erforderlich ist, weg und haben in der Innenstadt dann nichts mehr. Die Verbindung zwischen Museumskreuzung und Leipziger Tor ist gut darstellbar. Das ist eine ganz andere Geschichte, wenn man damit in die Schaftrift geht. Es sollte erst der erste Schritt und dann der zweite Schritt, seinetwegen auch mit Zwischenschritten, getan werden. Insofern unterstütze er Herrn Hoffmann.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, bestätigte die Richtigkeit des von Prof. Schmidt Gesagten. Es ist müßig, wenn ein Haushaltskonsolidierungsvorschlag, der 2008 beschlossen wurde und eigentlich 2009 in die Umsetzung kommen sollte, jetzt am Ende des I. Quartals 2010 immer noch nicht in der Umsetzung ist. Jedes verlorene Jahr wirkt sich doppelt und dreifach im Haushaltskonsolidierungskonzept aus. Unter dem Gesichtspunkt, diesen erneuten Vorschlag der Konsolidierung, nicht gänzlich scheitern zu lassen und irgendwann im Jahr 2011 zu landen oder noch später, denn solange werde es dauern, bis man das Potential der Heideschule eruiert hat, plädiere er für eine heutige Beschlussfassung der Vorlage, aber mit dem Zusatz, dass man in diesem leider nicht nummerierten Punkt, das wäre dann Punkt 3, zur endgültigen Entscheidung eine Frist aufführt und den 30.09.2010 einschreibt, damit der Druck bleibt. In dem jetzigen Beschlusstext, wie er von der Verwaltung ausgereicht wurde und wie er aus dem Ausschuss mehrheitlich kam, stehe, dieses Endkonzept zu suchen. Auch die Heideschule stehe dort drin. Man sollte diesen Schritt jetzt tun, damit das Konsolidie-

zungspotential nicht erneut verschoben wird und an anderer Stelle neu gesucht werden muss. Das habe man oft genug gemacht, jetzt müsse sich der Stadtrat auch mal dazu bekennen, konkrete Maßnahmen in die Umsetzung zu bringen und nicht sagen, wir wollen sparen, aber nicht hier.

Was die Rennstraße betrifft, legte **Oberbürgermeister Koschig** dar, gebe es eine klare Festlegung im Haus, dass das nicht der Sitz des Eigenbetriebes wird, sondern man müsse ja die Wirtschaftlichkeit des Eigenbetriebes feststellen. Deswegen gebe es eine Festlegung und eine klare Arbeitsrichtung, zunächst den Sitz des Eigenbetriebes im Rathaus zu etablieren.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, erläuterte den von Frau Grabner eingereichten **Änderungsantrag** und brachte diesen zur Abstimmung. Er wurde mehrheitlich **angenommen** (23:07:14).

Die Vorlage wurde geändert beschlossen. Die Änderung umfasst den gesamten Text des Beschlussvorschlages der Verwaltung durch die von Frau Grabner vorgeschlagenen und durch das Gremium beschlossenen Punkte 1 bis 5.

Abstimmungsergebnis: 31:02:11

**7.12 Aufstellungsbeschluss für die 1. Änderung des rechtskräftigen
Bebauungsplanes Nr. 168 A (vormals 4.1 Rodleben) "Pharmastandort
Rodleben/Tornau" im Ortsteil Rodleben
Vorlage: DR/BV/017/2010/VI-61**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 44:00:00

**7.13 Novellierung des Maßnahmebeschlusses Aufwertung
des Dessauer Stadtparks
Vorlage: DR/BV/324/2009/VI-65**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:04

**7.14 Klimaschutzkonzept der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/490/2009/VI-83**

Herr Bähr, FDP-Fraktion, stellte seinen Ausführungen voran, er hätte das Konzept gern nur zur Kenntnis nehmen wollen. Frau Dr. Kegler habe ihm die Notwendigkeit des Beschlusses mit der Beantragung von Fördermitteln begründet. Diesbezüglich stellte er die Frage, ob die Fördermittel nur für die Stelle für diese Koordinierung gegeben werden, oder es um mehr Geld geht. Das Problem, was er bei der ganzen Sache sehe, ergebe sich auch aus einer Stellungnahme der IHK, die nach Aussage von Frau Dr. Kegler der Verwaltung vorliegt, und sind insbesondere die Handlungsempfehlungen, die ab Seite 19 bis Seite 26 im Kurzprogramm abgegeben werden. Das Werk sei sehr ideo-

logisch, wo man sich auch über das eine oder andere streiten kann. Er sei aber froh, dass es erstellt wurde und dass man es habe als Grundlage.

Er stimme dem auch zu, was die Verbräuche, die Entwicklungen, die Kostenschiene betrifft, dass daran gearbeitet wird, wobei das für ihn mehr eine Frage des Gebäudemanagements als des Umweltbereiches in der Stadt ist. Zu denken gebe der Bereich des Verkehrsentwicklungskonzeptes, aber dieses sei schon beschlossen. Er tue sich schwer mit den Handlungsempfehlungen, das Dauerparken zu minimieren. Im Moment versuche man, unsere Händler am Leben zu erhalten, in die richtige Richtung zu bringen, weshalb er sich mit Parkraumbewirtschaftung im Innenstadtbereich sehr schwer tue. Es stelle sich die Frage, wie man mit dem Konzept umgehe.

Da Herr Bähr das Konzept gern nur zur Kenntnis genommen hätte, fragte er nach, um das als Antrag werten zu können, um wie viele Fördermittel es für die Stadt gehe. Wenn es um nicht viel geht, würde er das Konzept nur zur Kenntnis nehmen und sagen, die Stadt soll weiter daran arbeiten. Ansonsten sei es schwer dem zuzustimmen, wenn es die Innenstadt letztendlich kaputt macht. Dazu hätte er gern noch Ausführungen und wie man die Innenstadt attraktiv erhalten wolle und mit dem Verkehr leben könne.

Frau Dr. Kegler, Leiterin des Umweltamtes, erhielt das Rederecht und erklärte, der Bund hat ein umfangreiches Förderprogramm für den Klimaschutz aufgelegt, über das auch ein solches Klimaschutzkonzept gefördert werden kann. Wir sind da leider ein bisschen zeitig gewesen, als es das Förderprogramm noch nicht gab. Es gebe aber jetzt die Möglichkeit für die Förderung der Umsetzung eines solchen Konzeptes. Das halte sie für einen ganz wesentlichen Gesichtspunkt, da man auch schon ein Klimaschutzkonzept von 1998 hatte, worum sich keiner mehr gekümmert hat. Es war uns z. B. 2003 gelungen, das kommunale Energiemanagement in der Stadtverwaltung einzuführen. Im Energiebericht sei zu lesen, dass jährlich damit 630 T€ eingespart werden. Das hätte man schon viel eher haben können. Es habe sich aber niemand mit den Handlungsempfehlungen, die 1998 in dem Programm standen, beschäftigt. Das sei eine ganz wichtige Lehre gewesen, weshalb man gesagt hat, man brauche jemanden, der sich darum kümmert. Natürlich ist bekannt, dass die Stadt pleite ist. Die Bemühungen um den Klimaschutz sind keine gesetzlich vorgeschriebene Aufgabe, keine sog. Pflichtaufgabe. Zur Erfüllung der genannten Aufgabe sei eine Vollzeitstelle nötig, welche von Seiten Frau Nußbeck nicht genehmigt worden wäre.

In dem Förderprogramm werden die Sach- und Personalkosten jetzt leider nur noch mit 70 % für 3 Jahre gefördert. Voraussetzung dafür ist ein vom Stadtrat beschlossenes Klimaschutzkonzept. Die Finanzen für diese Stelle über 3 Jahre betragen insgesamt 144 T€, davon 100.800,00 € Förderungen und 43.000,00 € Eigenanteil. Es falle schwer, auch das Geld aufzutreiben. Frau Dr. Kegler sei verpflichtet worden, das Geld woanders einzuwerben, bei kommunalen Eigengesellschaften oder kommunalen Eigenbetrieben. Sie könne versichern, dass dieses Geld zur Verfügung steht, man also kein Geld aus dem städtischen Haushalt dafür verwendet, um für drei Jahre jemanden einzustellen, der dieses Programm intensiv umsetzt.

An Herrn Bähr gewandt, erklärte Frau Dr. Kegler weiter, sie kenne die Bedenken, dass, wenn heute dieses Konzept beschlossen wird, sie morgen raus gehe und die Dauerparkplätze wegmache, weil es als Empfehlung im Konzept steht. Dieses Konzept mit einem Handlungsprogramm habe natürlich empfehlenden Charakter. Sie zitierte aus

der Einführung: „Mit dem vorliegenden Konzept sind gute Grundlagen für ein zielgerichtetes kommunales Handeln in puncto Klimaschutz in den nächsten Jahren geschaffen worden, die es nun umzusetzen gilt. Die empfohlenen Klimaschutzmaßnahmen sollten kontinuierlich fortgeschrieben und an die aktuellen Rahmenbedingungen angepasst werden.“ Was den Verkehr insgesamt betrifft, sei dieser stiefmütterlich weggekommen. Man habe sehr viel Augenmerk auf Energieverbrauch, CO₂-Emissionen und Minderungspotentiale sowohl im privaten Haushaltsbereich, im Gewerbe-, Handels-, Dienstleistungs- und Industriebereich als auch in der Produktion von Energie und Wärme gelegt. Bezüglich des Verkehrs habe man sich auf den beschlossenen Verkehrsentwicklungsplan gestützt. Im Klimaschutzkonzept ist die konkrete Aussage enthalten: „Das im aktuellen Verkehrsentwicklungsplan verankerte Ziel, eine Reduzierung der Pkw-Nutzungen im Binnenverkehr von 41 % auf 37 % bis zum Jahre 2015, entspricht den Intentionen des Klimaschutzkonzeptes.“ In diesem Verkehrsentwicklungsplan ist auch verankert, und die einzelnen Maßnahmen werden auch letztlich vom Stadtrat beschlossen, dass man eine Verlagerung vom MIV auf den Umweltverbund nur mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen erreichen kann: Attraktivitätssteigerung des ÖPNV, also alles was im Verkehrsentwicklungsplan steht, Verbesserung des Radwegesystems und natürlich auch für die nächsten Jahre eine Innenstadtberuhigung. Wir wollen diese Ostrandstraße nicht bauen, weil wir Straßen bauen wollen, sondern weil wir große Teile der Innenstadt, die mit 26.000 Fahrzeugen pro Tag bestückt sind, entlasten wollen. Dazu gehöre auch, dass man den Individualverkehr etwas unattraktiver macht. Es sei nicht so, dass jetzt beschlossen wird, wir machen das jetzt zu 100 % so, sondern es ist die Arbeitsweise für die nächsten Jahre.

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, bemerkte, seine Verkehrsteilnahme werde manchmal etwas abwertend, auch von dem von ihm geschätzten Kollegen Dr. Plettner, als Radfahrertum beschrieben. Insofern sei er froh, dass hier auch einmal eine Umkehrung, weg von der bisher im Wesentlichen verfolgten motorisierten Individualverkehrspolitik in Dessau-Roßlau betrieben wird. Wir haben in der Vergangenheit zu sehr dem Pkw-Verkehr die Straßen geebnet und zu wenig darauf geschaut, dass die Belebung einer Innenstadt durch Menschen passiert. Er ist froh, dass man hier endlich einmal Maßnahmen habe, die im Verkehrsbereich dazu angezeigt sind, das Augenmerk der Stadtverwaltung, aber auch der Unternehmen stärker auf unseren öffentlichen Nahverkehr zu lenken. Die Stadt Dessau war einmal die Radfahrerstadt, dieses Attribut vermisse er in der Realität. Er bezog sich auf Seite 26, Abs. 2, wo es heißt: „Insbesondere sind die Reisezeitvorteile des Motorisierten Individualverkehrs (MIV) gegenüber dem ÖPNV und dem Radverkehr abzubauen.“ Das sei ein entscheidender Punkt. Die Attraktivität anderer Mobilität zu steigern, sei ein entscheidender Vorteil. Das sei nicht das Einzige was ihn freute, denn man habe eine große Aufgabe im Bereich der Solarenergie zu leisten. Für ihn sei das bisher, trotz der Bekennung zur Solarlokalinitiative nicht genug ausgeprägt. Man habe eine Reihe von Potential in der Stadt, was die Einsparung an CO₂ und den Klimaschutz insgesamt betrifft. Hier sollte man herangehen und er ist froh, dass das mit dem Konzept sehr breit angelegt ist.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, legte dar, er sehe im Konzept keine Gefahr, an irgendeiner Stelle überrollt zu werden. Beschlüsse, die konzeptionelle Orientierungen beinhalten, werde der Stadtrat fassen. Insofern ist die Arbeitsrichtung völlig richtig und werde seitens der Fraktion unterstützt. Darüber nachzudenken alternativ zu agieren, sei nicht verkehrt, wenn es obendrein gesund macht.

Von seiner Seite komme ein anderes Veto. Im Konzept ist ein Vermerk, dass die Finanzierung aus den Betrieben in Form von städtischen Beteiligungen erfolgt. Man habe aber keinerlei Beschlüsse in Aufsichts- und Verwaltungsräten für solche Zuwendungen. Er bitte, die nötigen Voraussetzungen zu schaffen, um es am Ende auch realisieren zu können, denn man habe als Rat nicht das Recht, in die wirtschaftlichen Belange von Eigenbetrieben hineinzuwirken.

Frau Lohde, CDU, dankte der Verwaltung für das gute Konzept. Bezüglich des Klimaschutzbeirates stellte sie die Frage, wie dieser gefunden werden soll und wie er sich zusammensetzt.

Es sei uns ganz wichtig, dass wir die Politik mit im Boot haben, erwiderte **Frau Dr. Kegler**. Sie betonte, dass es zur Erarbeitung des Konzeptes von den Grundlagen her eine Arbeitsgruppe gab, die Lenkungsgruppe, wo nicht nur Mitarbeiter der Verwaltung dabei waren, sondern auch die DVV, der Energietisch, das Umweltbundesamt und es gab thematische Arbeitsgruppen. Hier hatte man die Industrie mit einbezogen, z. B. das THW, als es um Minderungspotentiale in den einzelnen Bereichen ging, der Handel wurde mit einbezogen, als es um Minderungspotentiale bei Dienstleistungen ging. Deshalb ist auch diese Fülle und Breite entstanden. Bezüglich des Klimaschutzbeirates sei es wichtig, dass die Politik auch bei der Umsetzung mit dabei ist, nämlich bei den ganz konkreten Sachen, die wir dann vorschlagen wollen bzw. wo wir Berichterstattung zum Stand der Umsetzung haben wollen. Auf alle Fälle habe man auch die Verwaltung im Boot, die Fraktionen, die DVV als ganz wichtigen Partner, so soll sich der Beirat zusammensetzen.

Sich auf die Mitteilung über den neuen Dienstwagen des Oberbürgermeisters beziehend, womit sich wahrscheinlich auch eine Umstellung von einer gelben auf eine grüne Plakette ergibt, brachte **Herr Dr. Plettner, FDP-Fraktion**, sein Erstaunen zum Ausdruck. In der jetzigen Diskussion sei gar nicht nach Plaketten in Dessau gefragt worden, womit die Frage Innenstadt und Grün beantwortet ist.

Frau Dr. Kegler erwiderte, man brauche weder rote, grüne, noch gelbe Plaketten, weil man von der Luft her eine gute Innenstadt habe. Man habe also keine Feinstaubbelastung in der Innenstadt bzw. diese Grenzwertüberschreitungen an 35 Tagen im Jahr. Da man immer darunter liegt, brauche man keine Umweltzone, in welche man mit roten Plaketten nicht mehr hinein fahren darf. Man habe aber eine Lärmbelastung in der Innenstadt. Deshalb sei es ein wichtiger Gesichtspunkt, die Innenstadt zu entlasten, wie es auch im Verkehrsentwicklungsplan der Stadt steht.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, dankte der Lenkungsgruppe für die Mitarbeit am Konzept, denn das Vorgelegte sei gelungen. Er sprach sich für den Beschluss aus und erklärte die ausdrückliche Zustimmung auch seiner Fraktion. Wenn uns der ÖPNV wichtig ist, sollte man heute den Beschluss fassen.

Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, stellte die Frage, welcher Ausschuss federführend in der politischen Begleitung sei. Er gehe davon aus, da diese potentiell neu zu schaffende Stelle beim Wirtschaftsdezernenten angesiedelt wird, dass es der Wirtschaftsausschuss sein wird. Klimaschutz greife stark in die Wirtschaft ein und sei ein Stadtentwicklungsthema. Weiterhin stellte er die Frage, wann dieser Beirat institutionalisiert werden soll.

Der Beirat werde so schnell wie möglich gebildet, erwiderte **Frau Dr. Kegler**.

Das Klimaschutzkonzept wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: Abstimmungsergebnis: 34:00:10

7.15 Errichtung eines Tagungs- und Veranstaltungszentrums am Standort Kristallpalast Vorlage: DR/BV/063/2010/Linke

Herr Maloszyk, FDP-Fraktion, richtete an das Bauordnungsamt die Frage, wie vielen Gewerbetreibenden bzw. Unternehmen in der Zerbster Straße und in den umliegenden Straßen bisher Befreiungen von der Stellplatzablösegebühr erteilt wurden. Des Weiteren stellte er zum Punkt 3 des Beschlussvorschlages den **Änderungsantrag**, den ersten Satz bis „Bedingungen“ zu streichen. Dafür solle der letzte Satz des Punktes 3: „Voraussetzung für praktische Schritte der Stadt Dessau-Roßlau gemäß Punkt 1-3 sind:“ den Anstrichen vorgesetzt werden.

Begründend führte er aus, er halte die vorgeschlagene Abweichung von der Stellplatzablösegebührensatzung gegenüber anderen Gewerbetreibenden und Händlern in diesem Stadtbereich für ungerecht, da sie für ihre nicht realisierbaren Stellplätze enorme Beträge an die Stadt zahlen mussten. Diese flossen z. T. als Baukostenzuschuss in das benachbarte Parkhaus Teichstraße, unter der damaligen Maßgabe, temporäre Parkmöglichkeiten speziell für den Standort Kristallplast zu schaffen. In dem vorliegenden Punkt 3 sehe er eine eklatante Verletzung des Gleichbehandlungsprinzips. Maximaler Verhandlungsspielraum, den man evtl. mit dem Investor ausloten müsste, dürfte aufgrund der Menge an Stellplätzen eine Reduzierung des Gesamtbetrages um ein Drittel der Summe sein.

Das solle nicht heißen, dass Herr Maloszyk in irgendeiner Form gegen das Veranstaltungszentrum und die Beseitigung dieses städtebaulichen Missstandes ist. Er würde sich freuen, wenn dort etwas passieren würde. Wenn die Stellplatzablösegebühr nicht erhoben wird oder vergleichbare Maßnahmen ergriffen werden, müsse man aber darauf achten, dass im Nachhinein bei Ausfall oder nachträglichem Bedarf an Stellplätzen, uns dies nicht auf die Füße fällt und wir als Stadt komplett auf den Kosten sitzen bleiben.

Sollte dem Änderungsantrag nicht zugestimmt werden, stelle er den **Antrag auf Rückverweisung** an den Haupt- und Personalausschuss, den Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt und den Finanzausschuss. Soweit er sich erinnern könne, war die Vorlage nicht im Finanzausschuss, obwohl es um viel Geld gehe, was die Stadt dringend nötig habe.

Herr Göricke, Freie Wähler, verwahrte sich dagegen, als Einreicher auf der Vorlage genannt zu werden und bat, dies herauszunehmen. Er sei nicht gegen das Projekt Kristallpalast, aber nicht in dieser Art und Weise.

Seit 6 Wochen sei klar, dass die **Fraktion Bürgerliste/Die Grünen** den Antrag nicht mit eingereicht hat und auch nicht unterstützt, betonte **Herr Giese-Rehm**. Es bleiben inhaltliche Fragen, z. B. ob es einen neuen Stand in der Stadtverwaltung gibt, der ein Agieren des Stadtrates überhaupt erforderlich macht oder sinnvoll erscheinen lässt. Nachdem

dies von **Herrn Beigeordneten Hantusch** verneint wurde, führte Herr Giese-Rehm fort, weiterhin habe er den Eindruck, dass die Hast, mit der man jetzt vor konkreten Schritten des Investors hier in politische Gremien gehe, zumindest ein Geschmäcke hat. Das müsste ausgewertet werden, wenn es soweit kommt. Ihm sei weiterhin bekannt, dass an anderer Stelle das Landesverwaltungsamt bereits Versuche unserer Stadt kassiert hat, Projekte durch solche speziellen, nicht dem Gleichbehandlungsgrundsatz unterliegenden Geschenke zu befördern. Es stelle sich die Frage, wie sich das darstellt, wenn der Haushalt beschlossen und auf diese Einnahmen verzichtet wird.

Es habe in der Vergangenheit einen Beschluss im Stadtrat gegeben, bei dem damaligen Investor am Standort Museumskreuzung auf die Gewerbesteuer zu verzichten, merkte **Frau Beigeordnete Nußbeck** an. Dieser Beschluss wurde beanstandet, weil man auf Steuern nicht verzichten kann.

Es seien Einnahmen, die dem Haushalt fehlen, entgegnete **Herr Giese-Rehm**. Man sei lt. letzter Begleitverfügung zum Haushalt dazu verpflichtet, die Einnahmen, die uns möglich sind, auch nach unseren eigenen Satzungen zu requirieren. Insofern werde es ein Problem bei unserer Haushaltssatzung bei der Vorlage beim Landesverwaltungsamt geben. Er war bei der Vorstellung des Projektes durch den Investor dabei, führte Herr Giese-Rehm weiter aus. Dort blieben offene Fragen, was seine bisherigen Verpflichtungen in Dessau angehe. Herr Giese-Rehm habe kein Problem damit, dass sich an dem Standort etwas entwickelt, aber ein Problem sei, dass wir zuerst in Vorleistung gehen sollen. Wenn ein Konzept vorliegt, wenn eine Finanzierung in dem entsprechenden Rahmen steht, könne man sich darüber verständigen, welche Möglichkeiten die Stadt hat, nach ihren eigenen Voraussetzungen und Vorgaben so ein Projekt zu befördern. Dann müsste eine Klärung zuerst mit dem Landesverwaltungsamt passieren, bevor wir uns in haushaltsrechtliche Probleme bringen. Er werde der Vorlage nicht zustimmen und empfehle das den anderen Stadträten ebenfalls.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, ging auf das bisher Gesagte ein, auch auf die Gefahr hin, dass erneut das Ansinnen an ihn herangetragen wird, er möge persönlich für dieses Vorhaben bürgen, wie es in der Bauausschusssitzung am 1. Dezember 2009 passiert ist. Es sei s. E. unseriös, wenn man für ein Projekt in dieser Stadt kämpft, wo eine Investition von 14 Mio. € angeschoben werden soll, die letztendlich Handwerksbetrieben in der Region und dem Ansehen der Zerbster Straße zugute kommt, dass man dann mit fragwürdigen Argumenten angegriffen wird. Das könne man an dieser Stelle unkommentiert stehen lassen.

Zum Inhalt kommend, führte **Herr Bönecke** weiter aus, sowohl Herr Maloszyk als auch Herr Giese-Rehm haben gesagt, dass die Stadt hier in Vorleistung geht und auf Geld verzichtet. Die Stadt verzichtet an der Stelle aber nur auf Geldmittel, wenn gebaut wird. Wird nicht gebaut, bekommt sie die auch nicht. Weil immer wieder das Wort Haushalt fiel, müsse man darüber hinaus beachten, das sind Geldmittel, die uns für den Haushalt nicht zur Verfügung stehen. Nach unserer Stellplatzablösesatzung oder nach der Stellplatzsatzung sind diese Mittel ausschließlich zurückzustellen für den Bau von Stellplätzen. D.h. wir können sie für kein anderes Projekt verwenden. Wenn man sich in der Stadt umsehe, stelle sich die Frage, wo müsste man für 1,5 Mio. € Stellplätze bauen. Der Bedarf ist gar nicht mehr da. Außerdem laufe die Stellplatzablösesatzung im Jahr 2011 aus und es stehe ohnehin zur Disposition, ob sie überhaupt fortgeschrieben werden soll.

Als Stadtrat müsse man sich grundsätzlich fragen, wie gehen wir, unabhängig von der Person, die in Kritik geraten ist, in dieser Stadt mit Investoren um. Es gehe hier darum, jemandem ein Signal zu geben, damit er Planungssicherheit bekommt. Wenn man im Rahmen eines Finanzierungskonzeptes plötzlich 10 % mehr oder weniger Kosten habe, sei es entscheidend, ob man die Finanzierung gebacken bekommt. Man könne keinen Fördermittelantrag stellen, ohne diese Sicherheit zu haben. Oder man stelle ihn erst gar nicht, weil man die Finanzierung nicht hin bekomme. Das sind Grundsatzentscheidungen, die für einen Investor entscheidend sind, sie sind entscheidend für das Betreiberkonzept und für das Nutzungskonzept. Alles steht und fällt mit einer Entscheidung im Stadtrat grundsätzlich für oder gegen dieses Projekt.

Mit einer Entscheidung für die Vorlage, wie sie jetzt im Bauausschuss nach zähem Ringen gefunden wurde, pro Investition an diesem Standort, vergibt sich die Stadt noch gar nichts. Alles steht unter den Bedingungen, dass der Investor diese von uns klar definierten Kriterien und den Zeitablauf einhält. Wird eines davon nicht erfüllt, fällt ohnehin die Entscheidung des Stadtrates, auf die Stellplatzablässe zu verzichten, hinten herunter. Dann sei es aber das Problem des Investors. Wir haben dann an dieser Stelle alles gemacht, haben ihm Planungssicherheit verschafft und die Sache positiv begleitet, was ein grundsätzliches Signal nach außen für die Stadt sei, wie gehen wir mit Leuten um, die uns hier Geld hertragen. Wenn man sich in Zukunft immer auf das Zerreden beschränke, werde es hier bald noch trauriger aussehen, weil dann keiner mehr nach dieser Stadt fragt.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, warb für die Zustimmung zur Vorlage. Er drückte seine Zufriedenheit aus und bedankte sich bei denen, die am Zustandekommen der jetzt vorliegenden Vorlage inhaltlich mitgearbeitet haben, was für ihn eine neue Qualität des Miteinanders sei. Es werde Leuten, die der Stadt ein Angebot unterbreiten, ein deutliches Zeichen gegeben und sie erfahren entsprechende Begleitung, nicht mehr und nicht weniger.

Wie Herr Bönecke sagte, gehen wir in dieser Form der Vorlage an keiner Stelle ein Risiko ein. Bis zur letzten Minute ist gesichert, im Nichterscheinungsfall dieses Centers nicht drauf zu zahlen. Aus dem Grunde teile er die teilweise fachlichen nicht korrekten Bemerkungen, die im Vorfeld gelaufen sind, nicht. Er sei überrascht von einigen Ausführungen eines Stadtrates, der sonst der Meinung war, alles zum Teil auch korrekt wissen zu können. Ansonsten solle man bei der Wahrheit bleiben, dann komme man auch ein Stück weiter.

Frau Lohde, CDU, bat die Fraktionen um die Aussage, wer in der Tat nun Einreicher der Vorlage ist. Sie habe in den 10 Jahren ihrer Tätigkeit als Stadtrat noch nie so eine Vorlage gesehen und verstehe eine solche Vorlage nicht. Man habe einen Investor, der dort etwas investieren wolle. Es gibt mehrere Stadträte aus verschiedensten Fraktionen, die sich öffentlich positioniert haben, was dokumentiert sei. Was hier stehe, sei das Selbstverständnis der Bauverwaltung, den Investor in der gebotenen Form zu unterstützen. Sie werde gegen diese Vorlage stimmen, aber sie erwarte eigentlich, dass diese Vorlage zurückgezogen und erklärt wird, wer der Einreicher ist.

Herr Bähr, FDP-Fraktion, legte dar, mit Punkt 2 der Vorlage ein Problem zu haben, inwieweit wir dem MVZ die Hände binden, jetzt in der Vorphase, die letztendlich noch nicht geklärt ist. Im Betriebsausschuss des Städtischen Klinikums hatte man die Dis-

kussion schon in der Richtung und hier sei zum Ausdruck gekommen, dass seitens der Klinikverwaltung eine gewisse Zeit benötigt wird, um überhaupt für sich Klarheit zu schaffen. Deshalb wäre es unzulässig, heute dem Klinikum oder dem MVZ die Hände zu binden, bevor diese entsprechende Berechnungen vorgelegt haben. Ein banktechnischer Hinweis sei, man könne auch Kreditzusagen unter entsprechenden Vorbehalten geben, in denen dann drin steht, was der Kreditnehmer alles beibringen muss und damit die Kreditzusage steht. Das Ding gehe also nach beiden Seiten. Er könne sich vorstellen, was schlüssig ist, dass das so abläuft.

Die Arbeitsrichtung MVZ in der Innenstadt sei schon existent und der Stadtrat schaffe mit dem Bekenntnis zum Standort einen Fakt, welchem sich das Klinikum letzten Endes auch anschließen werde, führte **Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke**, aus. Klar müsse aber auch sein, dass dieser Punkt MVZ tatsächlich ein Festigkeitsnagel ist, der erforderlich ist, damit es überhaupt praktikabel wird. Deshalb sollte man an dieser Stelle keine Luft ranlassen. Das Klinikum habe im Prinzip nichts gegen die Arbeitsrichtung und werde sich anschließen, wenn der Stadtrat jetzt den Fakt schafft.

Auf die Aussagen von Herrn Hoffmann eingehend, bestätigte **Frau Lohde, CDU**, das sei der nächste positive Aspekt. Ein Standbein für diesen Kristallpalast heißt eventuell MVZ, aber sie finde es nicht in Ordnung, wenn der Stadtrat jetzt diesen beiden Firmen ins Handwerk pfuscht. Es müsse aus Klinikum- und MVZ-Richtung finanziell tragbar und wirtschaftlich darstellbar sein. Der Stadtrat habe nicht die Kompetenz, das dem Klinikum oder dem MVZ vorzuschreiben.

Herr Bähr, FDP-Fraktion, stellte den formalen **Antrag**, die Punkte 1, 2 und 3 jeweils einzeln abzustimmen und vorab die Punkte 4 - 7.

Zur Frage MVZ wies **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, darauf hin, der Oberbürgermeister dieser Stadt habe in einer Sitzung des Betriebsausschusses Städtisches Klinikum diesen Standort für ein MVZ ins Gespräch gebracht. Daraufhin ist der Investor mit dem Klinikum in Verbindung getreten, hat Planungsunterlagen geändert, diese und auch die Kosten mit dem Klinikum abgestimmt, so dass das Klinikum gesagt hat, zu den Konditionen könne man sich das vorstellen. Im Beschlussvorschlag steht, dass das vorbehaltlich dem Zustandekommen eines Vertrages einvernehmlich zwischen Klinikleitung und Investor passieren kann. Hier wolle man gar nicht reinreden. Jetzt stehe noch zur Debatte, dass das Klinikum eventuell noch mehr Praxen dort hinein bringen muss, als ursprünglich geplant. Dazu sagt der Investor, kein Problem, er habe soviel Raum, den er anderweitig füllen will, er könne diese und jene Sache sofort herausnehmen und kann jeden Bedarf des Klinikums erfüllen. Nun schaffe man hier eine Voraussetzung, damit sich der Investor endlich offenbaren muss. Wenn er das nicht kann, habe man zumindest als Stadt die Rahmenbedingungen geschaffen. So könne keiner um uns einen Bogen machen und sagen, mit der Stadt kann man nicht auf den Punkt kommen, wie das auch Herr Bönecke gesagt hat.

Nochmals auf die Frage zurückkommend, ob es Beschlüsse in Richtung Erlass gegeben hat, bestätigte Herr Otto, es war die Gewerbesteuer für den Standort jetzt Dessau-Center. Das war mit drei Ministern der Landesregierung abgestimmt und aus dem nichtöffentlichen Teil heraus getragen worden. Die drei Minister hatten das Okay gegeben, weil sie wussten, dass in anderen Städten dieser Bundesrepublik so verfahren wird. Da das aber nach außen getragen worden war, konnte das Landesverwaltungs-

amt nicht anders reagieren. Aber es habe einen Beschluss gegeben auf Verzicht von Stellplatzablösegebühren für den Kristallpalast in diesem Stadtrat. Dieser ist vom Landesverwaltungsamt nicht kassiert worden.

Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke, bemerkte, er hätte genau den Punkt mit der Vergangenheitsaufarbeitung auch angesprochen. Ihn irritiere, dass es über einen durchaus nicht kurzen Zeitraum eine Arbeitsrichtung gab, die eindeutig in die Richtung ging. Völlig irritiere ihn, was hier läuft, dass plötzlich auf Zeit gespielt wird. Wer an der Entwicklung der Innenstadt und Entwicklung des Kristallpalastes interessiert ist, könne hier keine Luft ran lassen. Er frage, was hier eigentlich gespielt wird.

Er wolle die von Herrn Hoffmann gestellte Frage, was hier gespielt wird, zurückgeben, führte **Herr Maloszyk, FDP-Fraktion**, aus. Des Weiteren wiederholte er seine Frage, warum das nicht im Finanzausschuss war, obwohl es um Geld geht.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, stellte das Ende der Rednerliste fest und verlas die in der Vorlage genannten Einreicher mit der Bitte zu erklären, ob die Genannten als Einreicher gelten oder nicht.

Als Einreicher bekannten sich die Fraktionen Die Linke, CDU und Pro Dessau-Roßlau.

Zur Festlegung des weiteren Verfahrens benannte der **Stadtratsvorsitzende Dr. Exner** zunächst die vorliegenden Anträge: Änderungsantrag von Herrn Maloszyk zum Punkt 3 der Vorlage; Verfahrensantrag von Herrn Bähr, in einer bestimmten Reihenfolge und zwar die Punkt 4-7 im Block abzustimmen und danach in Einzelabstimmung die Punkte 1, 2 und 3 zu beschließen.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, gab zum Antrag von Herrn Bähr zu bedenken, dass dieser nicht praktikabel ist. Wenn eine Position heraus fällt, falle das ganze Projekt. Insoweit mache im Ergebnis eine solche Abstimmung nach Punkten keinen Sinn.

Der **Antrag** von Herrn Bähr, die Punkte 4-7 im Block und über die Punkte 1-3 einzeln abzustimmen, wurde mehrheitlich **angenommen** (19:15:05).

Es erfolgte die Abstimmung der Punkte 4 bis 7 sowie 1 und 2. Vor der Abstimmung zum Punkt 3 wurde über den Änderungsantrag von Herrn Maloszyk entschieden. Der **Änderungsantrag** wurde **abgelehnt** (18:18:06).

Den Punkten 4 - 7, Punkten 1 und 2 sowie dem Punkt 3 wurde in Einzelabstimmung zugestimmt und somit die Beschlussvorlage mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnisse:

Pkt. 4-7:	35:01:06
Pkt. 1:	39:00:03
Pkt. 2:	33:02:07
Pkt. 3:	19:15:08

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde beendet und Nichtöffentlichkeit hergestellt.

10. Schließung der Sitzung

Der Stadtratsvorsitzende Dr. Exner schloss die Sitzung des Stadtrates.

Dessau-Roßlau, 18.05.10

Dr. Stefan Exner
Vorsitzender des Stadtrates

E. Baumer
Schriftführerin